

Arbeitskreis
Militärsgeschichte e. V.

newsletter



**Die Accumulatoren Fabrik
Aktiengesellschaft Berlin-Hagen: Ein
Zulieferbetrieb der Marinerüstung 1904–
1945**

Ralf Blank

**Moral bombing. Alexander Kluges „Der
Luftangriff auf Halberstadt am 8. April
1945“ (Teil II)**

Marcus Hahn

**Krieg und Ökologie – die ökologischen
Folgen des Ersten Weltkriegs anhand des
Beispiels von Verdun**

Marco Schell

**„Der rechte Tummel-Platz des Mars“:
Belagerungen im 18. Jahrhundert
(Dissertation)**

Daniel Hohrath

**Das Deutsche Marinemuseum in
Wilhelmshaven**

Eberhard Kliem

**Die besetzte *res publica*. Zum Verhältnis
von ziviler Obrigkeit und militärischer
Herrschaft in besetzten Gebieten vom
Spätmittelalter bis zum 18. Jahrhundert**

Halle, 19.–21.9.2001

April 2001

14

Bildnachweise:

Titelseite: „Zum Feiertag des Sieges“. Sowjetische Postkarte 1988 (Sammlung storia, Stuttgart)
Seite X: „Abgewunken“. Karikatur von Wilhelm Schulz. Simplicissimus, 1904.

IMPRESSUM**Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.**

Der Arbeitskreis Militärgeschichte e. V. wurde Ende Oktober 1995 gegründet. Seine alleinige Aufgabe ist die Förderung von Forschung und wissenschaftlichem Austausch auf dem Gebiet einer Militärgeschichte, die den traditionellen politischen und institutionellen Aspekten der Geschichte von Militär und Krieg ebenso geöffnet ist wie den modernen sozial- und mentalitätshistorischen sowie kulturanthropologischen Ansätzen. Der Arbeitskreis bietet allen militärhistorisch Interessierten (u. a. Doktoranden, Habilitanden und Lehrenden) die Möglichkeit, miteinander in Verbindung zu treten. Auf diese Weise soll versucht werden, dem Informationsmangel abzuweichen, der u. a. daraus resultiert, dass die Militärgeschichte an den deutschen Universitäten bislang kaum institutionell vertreten ist. Der Arbeitskreis schafft ein solches Forum durch die Organisation von Tagungen, die jährlich stattfindende Mitgliederversammlung und durch seinen newsletter.

Der Zeitraum, den der Arbeitskreis abdecken möchte, umfasst insbesondere die Neuzeit, selbstverständlich können aber auch an früheren Epochen Interessierte Mitglieder des Vereins werden. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt derzeit DM 50,-; für Studenten und Arbeitslose DM 20,-. Ein Beitrittsformular liegt diesem Heft bei.

Herausgeber des newsletter:
Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.

Vorstand: Prof. Dr. Wilhelm Deist, Prof. Dr. Gerd Krumeich, Dr. Rüdiger Overmans, PD Dr. Karen Hagemann, Prof. Dr. Stig Förster, Dr. Jürgen Förster

Bankverbindung: Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75
Konto-Nr. 347373-755

Herstellung: Arbeitskreis Militärgeschichte e. V. in Verbindung mit dem Historischen Seminar II der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Bezug: Der newsletter erscheint dreimal jährlich; Mitglieder des Arbeitskreises erhalten den newsletter kostenlos; Bezug durch den Arbeitskreis Militärgeschichte e. V. Preis je Heft DM 10,- (inkl. Versand).

Neue Anschrift der Geschäftsstelle:

Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.
c/o Prof. Dr. Gerd Krumeich
Historisches Seminar II der Universität Düsseldorf
Universitätsstr. 1
D-40225 Düsseldorf

Verantwortliche Redakteure:

Christian Alsen, M.A.: Website
webmaster@akmilitaergeschichte.de
Gundula Bavendamm, M.A.: Wiss. Projekte
g.bavendamm@akmilitaergeschichte.de
Dr. Susanne Brandt: Unendliche Welten
s.brandt@akmilitaergeschichte.de
Uta Hinz, M.A.: Tagungsberichte, -hinweise
u.hinz@akmilitaergeschichte.de
Dr. Stefan Kaufmann: Essays
s.kaufmann@akmilitaergeschichte.de
Dr. Markus Pöhlmann: Archive u. Museen
m.poehlmann@akmilitaergeschichte.de
Dierk Walter, M.A.: Schlussredaktion
d.walter@akmilitaergeschichte.de
Michaela Wazlawik, M.A.: Layout
m.wazlawik@akmilitaergeschichte.de
Jürgen Zimmerer M.St. (oxon): Essays
j.zimmerer@akmilitaergeschichte.de

© by Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.

Die Beiträge sind urheberrechtlich geschützt, die Verfasser für den Inhalt verantwortlich.

Beiträge, Tagungsberichte, öffentliche Aufrufe und Ankündigungen, Informationen über laufende Forschungsprojekte (v. a. Dissertationen und Habilitationen), geplante Tagungen, Ausstellungen, Forschungseinrichtungen, calls for papers, calls for information etc. richten Sie bitte per E-Mail oder mit PC-kompatibler Diskette an die Redaktion unter der angegebenen Adresse.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge abzulehnen, geteilt abzdrukken oder in Vereinbarung mit dem/der Verfasser/in zu kürzen.

Redaktion newsletter des AK Militärgeschichte e.V.

Dierk Walter, M.A.
Historisches Institut der Universität Bern
Länggassstr. 49, CH-3000 Bern 9
Tel. ++41-(0)31-631-8095 od. -4882
Fax ++41-(0)31-631-4410
E-Mail d.walter@akmilitaergeschichte.de
Website <http://akmilitaergeschichte.de>

**Redaktionsschluss für newsletter nr 15:
6. Juni 2001**

ISSN 1434-7873 (Gedruckte Ausgabe)

INHALT

Seite

Aus dem Arbeitskreis.....	5
Editorial	5
Essays	6
Die Accumulatoren Fabrik Aktiengesellschaft Berlin–Hagen: Ein Zulieferbetrieb der Marinerüstung 1904–1945	6
Moral Bombing. Alexander Kluges „Der Luftangriff auf Halberstadt am 8. April 1945“ (Teil II).....	10
Krieg und Ökologie – die ökologischen Folgen des Ersten Weltkriegs anhand des Beispiels von Verdun.....	14
Wissenschaftliche Projekte.....	18
„Der rechte Tummel–Platz des Mars“: Belagerungen im 18. Jahrhundert (Dissertation)	18
Die wirtschaftliche Anpassung des Adels an den Kapitalismus 1860–1914 am Beispiel der preußischen Provinz Sachsen (Dissertation).....	20
„Entscheidende Faktoren“ in Analysen der „Invasion“ 1944. Zur Entstehung und Verwendung dezisionistischer und ökonomisch–deterministischer Erklärungsmuster (Dissertation)	22
Kriegsgefangenenzeitschriften des Ersten Weltkriegs (Habilitation)	23
Historische Orte, Institutionen und Forschungsbereiche.....	25
Das Deutsche Marinemuseum in Wilhelmshaven	25
Deutsche Dienststelle (WASSt).....	26
Das Dokumentations– und Informationszentrum (DIZ) Torgau.....	27
Unendliche Welten	28
Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des 2. Weltkriegs. MDR 2000	28

Tagungsberichte	30
24. Jahrestagung der German Studies Association (5.–8.10.2000, Houston, Texas)	30
Praktika	32
Praktika für Studierende am MGFA Potsdam im Jahr 2001	32
Veranstaltungshinweise	32
Jahrestagung des Deutschen Komitees für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges (29./30. Juni 2001 in Dresden)	32
Die besetzte <i>res publica</i> . Zum Verhältnis von ziviler Obrigkeit und militärischer Herrschaft in besetzten Gebieten vom Spätmittelalter bis zum 18. Jahrhundert (19.–21. Sept. 2001 in Halle)	32
European conference in First World War Studies / La Grande Guerre aujourd'hui: Actualité de recherche; Institut d'Etudes Politiques (7.–8. Sept. 2001 in Lyon)	35
CALL FOR PAPERS: Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft (1.–3. Nov. 2002 in Augsburg)	36
5. Jahrestagung des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit „Mars und die Musen“ – Das Wechselspiel von Militär, Krieg und Kunst in der Frühen Neuzeit.....	37
Seite X	38

Aus dem Arbeitskreis

Liebe Mitglieder,
eine beträchtliche Anzahl von Ihnen hat die Chance genutzt, die Mitte März in Potsdam veranstalteten Tagungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und des Arbeitskreises zu besuchen. Beide Tagungen zeichneten sich durch den Perspektivenreichtum der Referate und durch deren lebhaft und weiterführende Diskussion aus. Das gilt insbesondere für den Versuch, mit der Tagung des Arbeitskreises die Voraussetzungen der Integration einer erneuerten Operationsgeschichte in die Militärgeschichte zu beschreiben, gewissermaßen als Auftakt weiterer, notwendiger Debatten über eine lange vernachlässigte Thematik. Ausführliche Tagungsberichte werden im newsletter 15 erscheinen.

Die gut besuchte Mitgliederversammlung hat den vollzogenen Umzug unserer Geschäftsstelle von Freiburg nach Düsseldorf zur Kenntnis genommen. Vorstand und Mitgliedschaft haben Michaela Wazlawik, die aus beruflichen Gründen Freiburg verlässt, für ihre jahrelange, zuverlässige und eigenständige, für die Organisation des Arbeitskreises grundlegende Arbeit gedankt und ebenso die Bereitschaft der „Düsseldorfer“ mit Beifall begrüßt, diese notwendige Aufgabe zu übernehmen. Die neue Adresse entnehmen Sie bitte dem Impressum dieses newsletter.

Mit den satzungsgemäßen Vorstandswahlen wurde Karen Hagemann zur Schriftführerin gewählt, eine Position, die sie bisher schon kommissarisch wahrgenommen hatte. Sie bittet die Mitglieder, die den im Herbst versandten Fragebogen noch nicht eingesandt haben, dies möglichst umgehend zu tun, damit u.a. die nunmehr beschlossene mailing-list eingerichtet werden kann. Weiter wurde als Beisitzer Jürgen Förster (Freiburg) neu gewählt; wir sind sicher, dass

seine vielfältigen Erfahrungen und Kontakte im nationalen wie internationalen Bereich dem Arbeitskreis zugute kommen werden. Die Tage in Potsdam haben gezeigt, dass der Arbeitskreis auf gutem Wege ist, seine Funktion als Forum der Kommunikation und Kooperation aller an der Militärgeschichte Interessierten immer besser wahrzunehmen – aber eben nur mit Ihrer Unterstützung!

Ihr
Wilhelm Deist

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
In diesem newsletter möchten wir Ihre Aufmerksamkeit besonders auf den Call for Papers für die Jahrestagung 2002 des Arbeitskreises richten. Die Tagung wird unter dem Thema „Besatzung“ stehen. Ansonsten enthält auch diese Ausgabe wieder eine anregende Mischung von Beiträgen, Projektskizzen und Tagungsinformationen, die beweisen, dass die deutschsprachige Militärgeschichte und unser Arbeitskreis nach wie vor denkbar lebendig sind.

Aus der Redaktion ist mitzuteilen, dass Michaela Wazlawik, die für das Layout des newsletter verantwortlich ist, ihre Stelle in der Geschäftsstelle des Arbeitskreises aufgibt. Die bisher bestehende Personalunion war natürlich für den schnellen Austausch von Informationen nicht ohne Wert. Künftig wird die Redaktion in ihren Geschäften noch mehr als bisher auf ihre eigenen Ressourcen verwiesen sein. Da die Geschäftsstelle jedoch an die Universität Düsseldorf verlegt wird, bleibt der Kontakt zur newsletter-Redaktion, die dort ebenfalls personell verankert ist, zweifellos weiterhin erhalten.

Viel Spaß mit den Beiträgen in diesem Heft wünscht Ihnen

Dierk Walter

Essays

Die Accumulatoren Fabrik Aktiengesellschaft Berlin–Hagen: Ein Zulieferbetrieb der Marinerüstung 1904–1945

von Ralf Blank

Die historische Verflechtung zwischen Industrie und Rüstung ist besonders im rheinisch–westfälischen Industriegebiet sehr eng. Der Krupp–Konzern in Essen als Synonym für die „Waffenschmiede“ des Deutschen Reiches zwischen 1870/71 und 1945 ist das wohl bekannteste Beispiel für eine langjährige Zusammenarbeit zwischen Staatsführung, Militär und Industrie. Mit der Herausbildung der Elektroindustrie im späten 19. Jahrhundert entstanden weitere Beziehungen, die zum Teil bis in die Gegenwart bestehen. Zu Unternehmen wie Siemens–Schuckert und AEG gesellte sich die 1888 im südwestfälischen Hagen gegründete „Accumulatoren Fabrik Tudorschen Systems“.

Unter Finanzbeteiligung von AEG und Deutsche Bank entstand aus dieser Firma am 19. Juli 1890 die Accumulatoren Fabrik Aktiengesellschaft (AFA) mit Geschäftssitz in Berlin und Hauptwerk in Hagen. An die Anwendung von Elektrizität knüpften sich um die Jahrhundertwende ein starker Glaube an technischen und sozialen Fortschritt wie auch optimistische ökonomische Erwartungen. Dieser Perspektive hatte die AFA bereits 1891 mit der Einrichtung eines zentralen Forschungslaboratoriums in Hagen sowie durch die enge Zusammenarbeit mit diversen Forschungsinstitutionen Rechnung getragen. Die AFA beschritt damit den Weg einer Institutionalisierung der industriellen Forschung, wie sie 1882 im Deutschen Reich bereits mit dem Glastechnischen Labor von Carl Zeiss in der optischen und 1891 mit dem Forschungslabor der Farbenwerke Bayer in Elberfeld in der chemischen Industrie vorgezeichnet worden

war. Das Unternehmen entwickelte sich vom leistungsfähigen Produzenten in eine Triebfeder elektrochemischer und batterietechnischer Innovationen. Zur Jahrhundertwende war das Hagener Unternehmen infolge der zunehmenden Elektrifizierung zu einem der führenden Unternehmen des Deutschen Reiches aufgestiegen.

Aufgrund einer aggressiv betriebenen Geschäfts– und Patentpolitik gelang es dem Firmengründer Adolph Müller bis 1910, die Mehrheit seiner inländischen Konkurrenz zu übernehmen. Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs beherrschte die AFA schließlich den Vertrieb und die Produktion von Batterien im Deutschen Reich und in Österreich–Ungarn. Mit ausländischen Konkurrenzunternehmen waren zusätzlich „Freundschaftsverträge“ abgeschlossen worden. Derartige Verträge sollten den Handel und Angebotsabsprachen in den Kolonien regeln wie auch Interessensphären bei Rüstungsexporten abstecken.

In anderen europäischen Ländern hatte die AFA dagegen kapitalkräftige Tochterfirmen gegründet, um die dortigen Absatzmärkte zu dominieren. In den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, aber auch zwischen 1924 und 1939, war die AFA auch international stark in Rüstungsgeschäfte involviert. Demgegenüber fertigte sie in den Kriegsjahren 1914–1918 und 1939–1945 hauptsächlich für die deutsche Kriegsmarine bzw. Wehrmacht. Sowohl nach 1918 als auch nach 1945 wurden die Rüstungsgeschäfte durch die AFA erst wieder mit einigen Jahren Verspätung aufgenommen.

In den 1920er Jahren gelangte die AFA in den Besitz des Industriemagnaten Günter Quandt. Er baute das kapitalkräftige Batterie–Unternehmen vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zum Mittelpunkt seiner wirtschaftlichen Aktivitäten und Industriebeteiligungen aus. Die AFA besaß mit den Tochtergesellschaften Deac, Durac, Pertrix und Varta weitere Produktionsbetriebe in Berlin und Wien.

Im „Dritten Reich“ war das Unternehmen eine der leistungsfähigsten Firmengruppen auf dem elektrotechnischen Produktionssektor. Neben dem Stammwerk in Hagen entstanden in Hannover–Stöcken und ab 1939 in Posen zwei weitere Großfabriken. „Wehrwirtschaftliche“ Notwendigkeiten führten ab 1943 zu geplanten Produktionsverlagerungen in als „luftsicher“ angesehene Regionen. Im Zweiten Weltkrieg beschäftigte die AFA neben ausländischen Arbeitskräften, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen seit 1943 in großer Zahl auch Häftlinge aus Konzentrationslagern.

Die AFA produzierte stationäre und transportable Batterien sowie wiederaufladbare Akkumulatoren in verschiedenen Ausführungen. Netzunabhängige Energie fand schnell den Weg in den militärischen Einsatz. Zunächst dienten Batterien als Stromlieferanten für Telegraphie- und Signaleinrichtungen, Leuchtmittel und sonstige Kommunikationsgeräte. Die Geschichte der AFA ist aber besonders eng mit der Konstruktion und dem Bau von U-Booten sowohl in Deutschland wie auf internationaler Ebene verbunden.

Um 1900 beschäftigten sich zahlreiche Seestreitkräfte mit der Entwicklung von Unterseebooten. Anfänglich kamen in den U-Booten Petroleum- und Ölmotoren zum Einsatz. Dieser Antrieb warf das Problem auf, die Besatzung beim Fahrbetrieb unter Wasser möglicherweise mit den Abgasen der Verbrennungsmotoren zu vergiften. Die Entwicklung von Elektromotoren sollte hier Abhilfe versprechen, wobei sich besonders der diesel-elektrische Antrieb als geeignet erwies.

Der U-Bootbau ist noch heute unter spezialisierten Fertigungsmethoden und der Verwendung von hochtechnologischen Zubehörteilen zu betrachten. Neben der deutschen Werftindustrie stützt sich der Bau von U-Booten besonders auf Zulieferfirmen im Binnenland, die diesen Produktionssektor häufig schon vor dem Ersten Weltkrieg betrieben haben. Unternehmen wie die Carl

Zeiss–Werke, AEG, Siemens, MAN oder Krupp waren bereits von Anbeginn des deutschen U-Bootbaus wichtige Lieferanten von Zubehörteilen wie z.B. von Sehrohren, Diesel- und Elektromotoren, Torpedos und Spezialstahl für die Schiffskonstruktion.

Das Stammwerk des AFA-Konzerns im Hagener Stadtteil Wehringhausen lieferte bereits im Sommer 1904 eine Batterieanlage für das schwedische U-Boot „Hajen“. In der Folgezeit produzierte der Hagener Betrieb entsprechende Batterien für die US-amerikanische, italienische, österreichisch-ungarische Marine. Zwischen 1905 und 1945 war die AFA der einzige deutsche Hersteller von Batterieanlagen für U-Boote der deutschen Kriegsmarine. Gleichzeitig beschäftigte sich die AFA im Kaiserreich, der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ mit ihrem weltweiten Netz von Tochterfirmen, Beteiligungsgesellschaften und Ingenieurabteilungen auch mit dem Export von U-Boot- und Torpedobatterien. Bis 1945 zählte die AFA zu den international führenden Unternehmen auf diesem Fertigungssektor. In den 1950er Jahren knüpfte die 1962 in Varta Batterie AG umbenannte Firma an diese Entwicklung an und beteiligte sich mit der Wilhelm Hagen GmbH in Soest, einem Tochterunternehmen des schwedischen Tudor-Konzerns, am Aufbau der bundesdeutschen U-Bootflotte sowie am internationalen Exportgeschäft. Im Jahre 2000 erfolgte die Umbenennung der wenige Jahre zuvor vom britischen Mischkonzern BTR übernommenen Produktionssparte in Hawker-Batteries.

Die Produktion von Blei-Säure-Batterien für U-Boote stellte für die AFA einen lukrativen Produktionszweig dar. Auf der Abteilungsleiter-Konferenz in Hagen im Januar 1904 gab der AFA-Direktor Adolph Müller mehrfache Anfragen von „Herren aus Russland und Italien wegen Platten für Unterseeboot“ bekannt. Er verwies auf das geringe Interesse am Bau von U-Booten in Deutschland und stellte fest: „In Russland,

Italien, Schweden, Holland dagegen ist die Frage von akuter Bedeutung und wir müssen dieser Frage die erforderliche Beachtung schenken“ (Protokoll der Abteilungsleiter-Konferenz in Hagen, 15.1.1904; Stadtarchiv Hagen). Im Dezember 1905 konnte Müller anlässlich der ersten „Unterseeboots-Konferenz“ bereits folgende Perspektive geben: „Es lässt sich annehmen, dass in den nächsten Jahren ein bedeutendes Geschäft in Unterseebootbatterien zu machen ist.“ (Protokoll der 1. Unterseeboot-Konferenz in Hagen, 7.12.1905; Stadtarchiv Hagen). Nur fünf Jahre später war im größten AFA-Werk in Hagen eine eigene U-Bootabteilung entstanden, in der auch die Entwicklungsarbeit für die in Russland, Schweden und Österreich laufende Produktion von Batteriezellen für U-Boote konzentriert worden war. Der Erste Weltkrieg führte zeitweise zu einer vollständigen Produktionsauslastung des Hagener Betriebes zur Herstellung und Reparatur von U-Bootbatterien. Neben der Kriegsmarine wurde auch die österreichisch-ungarische Marine beliefert. Das AFA-Werk in St. Petersburg war bei Kriegsausbruch von Russland beschlagnahmt worden und produzierte für dessen Marine. Im Ersten Weltkrieg ruhte die Entwicklungsarbeit nicht. 1916 entstanden unter maßgeblicher Mitwirkung der AFA die ersten Elektro-Torpedos.

Den Alliierten war die Bedeutung der Hagener Accumulatoren Fabrik für den U-Bootkrieg keineswegs verborgen geblieben. Bereits 1916 tauchte das AFA-Werk auf Ziellisten der britischen Admiralität für Luftangriffe auf, die auch das im benachbarten Haspe liegende Stahlwerk, das Panzerplatten für Kriegsschiffe lieferte, als Angriffsziel vorsah. Nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges im Januar 1917 forderte die britische Admiralität mehrfach Luftangriffe auf das Hagener Werk. Im September 1917 begründete der Kommandeur der britischen Marineflieger die Notwendigkeit eines

Angriffs auf Hagen folgendermaßen: „It seems evident that considerable importance is attached to the attacking of the works in question, which are considered to be of primordial importance to the enemy, and the destruction of which would considerably hamper the output and upkeep of Submarines in general“ (PRO, London; AIR 1/60). Britische und französische Luftangriffe auf Hagen erfolgten aufgrund der technischen Unzulänglichkeiten und der versteckten Lage von Hagen bis zum Waffenstillstand im November 1918 nicht.

Die weitere Entwicklung der AFA als einer der international führenden Produzenten von Batterieanlagen für U-Boote konnte auch der Versailler Vertrag nicht wesentlich behindern. Über die schwedische Tochterfirma AFAT in Stockholm wurden die Exportgeschäfte abgewickelt, durch die Berliner Hauptverwaltung kontrolliert und vom Hagener Stammwerk gesteuert. Mit dem Aufbau einer neuen deutschen U-Bootflotte begann 1935 dann wieder die offizielle Funktion als Hauptlieferant für die Kriegsmarine. Durch alliierte Bombenangriffe erlitt besonders das AFA-Werk Hagen schwere Zerstörungen. Dennoch erfolgte stets ein Wiederaufbau durch Sonderförderungen des Rüstungsministeriums. Noch im Herbst 1944 lieferten die drei AFA-Werke Hagen, Hannover und Posen monatlich über 50 U-Boot- sowie rund 1.200 Torpedobatterien aus. Gleichzeitig spielten die AFA-Werke eine wichtige Rolle im A4-Raketenprogramm sowie im seit Sommer 1944 forcierten Kleinkampfmittel-Programm der Kriegsmarine.

Der Zusammenbruch im Frühjahr 1945 bedeutete auf dem Rüstungssektor zunächst eine Zäsur, obgleich sich die Konzernführung schon im Vorjahr auf das nahende Ende vorbereitet hatte. Die Produktion von Starterbatterien für die alliierten Streitkräfte lief jedoch bereits wenige Wochen nach Kriegsende im AFA-Werk Hagen an. Doch auch U-Bootbatterien verließen bis 1948 im

Auftrag der westalliierten Seestreitkräfte die Werkshallen in Hagen. Mit dem Aufbau einer bundesdeutschen U-Bootflotte in den 1960er Jahre begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte dieses Produktionszweiges.

Die Geschichte der Herstellung von U-Bootbatterien in Hagen dokumentiert eine seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts währende Zusammenarbeit zwischen Militär, Staat und Industrie in einem hochtechnologischen Fertigungsbereich der Marinerüstung. Diese Entwicklung vollzog sich nicht bruchlos, sondern wurde zwischen 1919 und 1935 sowie zwischen 1945 und 1956 unterbrochen, um dann aber wieder erneut aufgenommen sowie auf durch Exportgeschäfte gewonnenen Erfahrungen erweitert zu werden.

Literatur:

Ralf Blank: Geheime Batteriegeschäfte. Die AFA Hagen und die Chloride Electrical Storage Company Ltd. am Vorabend des Ersten Weltkriegs, in: Hagener Jahrbuch 1 (1995), S. 137–146.

L. Hadley: Count not the Death. The popular image of the German submarine. Montreal 1995

Werner Rahn: Einsatzbereitschaft und Kampfkraft deutscher Uboote 1942. Eine Dokumentation zu den materiellen Voraussetzungen und Problemen des Uboot-Krieges nach dem Kriegseintritt der USA. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 37, 1990, S. 73–129

Wilhelm Treue/Eberhard Möller/Werner Rahn: Deutsche Marinerüstung 1919–1942. Bonn/Herford 1992

Gary E. Weir: Building the Kaiser's Navy. The Imperial Naval Office and German industry in the von Tirpitz Era, 1890–1919. Annapolis 1992

Ralf Blank, Historisches Centrum Hagen, Stadtmuseen/Stadtarchive, Eilper Strasse 71–75, D-58097 Hagen, E-Mail Ralf.Blank@historisches-centrum.de, Website www.historisches-centrum.de

Moral Bombing. Alexander Kluges „Der Luftangriff auf Halberstadt am 8. April 1945“ (Teil II)

von Marcus Hahn

In die Organisation des Luftangriffes wurde über einen längeren Zeitraum mehr Arbeit investiert, als die Bodenorganisationen einholen können – prinzipiell sind beide Systeme analog. Kluge markiert das durch die militarisierte Sprache etwa des Feuerwehroffiziers (vgl. ebd. 97–101). Treffen die durch unterschiedliche Akkumulation von Arbeitskraft sich mit unterschiedlicher Geschwindigkeit bewegend Systeme aufeinander, ergibt sich z.B. die groteske Wettfahrt zwischen dem Pferdekarren des Friedhofsgärtners Bischoff und den „Staffeln des Bomberverbandes“ (ebd. 43f). Das Tempo des Krieges bringt die zeitliche Ökonomie von Erleben und Verarbeiten auf Seiten der Opfer ins Ungleichgewicht:

„[D]ie Uhrzeit, die gleichmäßig wie vor dem Angriff vorbeischnurrt, und die sinnliche Verarbeitung der Zeit laufen auseinander“ (ebd. 53).

„Es war keine Zeit. Leitsätze einer ‚Strategie von unten‘, die Gerda in diesen Sekunden in ihrem Kopf zu versammeln suchte, konnten nicht übermittelt werden“ (ebd. 56).

„Es ist selbst dem neuerungssüchtigen von Schroers zuviel, er will die Ereigniskette zeitlich strecken“ (ebd. 96).

Dieses „zeitliche Druckverhältnis“ motiviert Kluge durch eine bestimmte Lektüre der deutschen Geschichte. Die gescheiterte Bauernrevolution habe die Ausbildung einer spezifisch deutschen Form von Innerlichkeit bewirkt und als Reich des Imaginären die schlechte Wirklichkeit genauso vertreten wie konserviert. Daher reagierten die Menschen in Deutschland auf historische „Sinnentzüge“

(„eine gesellschaftliche Situation, in der das kollektive Lebensprogramm der Menschen schneller zerfällt, als die Menschen neue Lebensprogramme produzieren können“ [Kluge 1973: 5]) mit maschinenhaftem Weiterarbeiten („[f]ür Frau Schrader, eine erfahrene Kino-Fachkraft, gab es jedoch keine denkbare Erschütterung, die die Einteilung des Nachmittags in vier feste Vorstellungen [...] anrühren konnte“ [Kluge 1977: 35]), was zur totalen Zementierung der Trennung von Arbeit und Motiv geführt habe. Nichtsdestotrotz (und wie häufig in derartigen alten oder neuen Geschichten über Entfremdung) baut Kluge ein Element der Überschreitung, des endlichen Wiederausammenfügens von Arbeit und Motiv, Leben und Sinn in seine Geschichtsphilosophie ein: Negt/Kluge nennen ihre schwache messianische Kraft den abarischen Punkt. Eine Metapher, ein physikalisches Bild von Freiheit: „an der Nahtstelle der Gravitationen, dem *abarischen Punkt*, der immer nur ein gedachter ist, wirken keine Gravitationskräfte, sondern ‚Freiheit‘“ (Negt/Kluge 1981: 790). *Der abarische Punkt* in der deutschen Geschichte ist für Negt/Kluge das Jahr 1945, das „geöffnete Fenster“, die „Null-Stellung“ (ebd. 379), der Zusammenbruch des Dritten Reiches und des vom Nationalsozialismus simulierten Sinns: „Die Jahre unmittelbar nach 1945 sind einer der wichtigsten Einschnittpunkte in der deutschen Geschichte, nicht wegen der dort enthaltenen Handlungsmotive, sondern wegen des darin enthaltenen Erkenntnismotivs. Diese Jahre sind ein abarischer Punkt, d. h. ein Moment, in dem sich widersprüchliche Gewalten gegeneinander aufheben, gerade weil nicht gesellschaftlich gehandelt werden konnte“ (ebd. 1122).

So wird der *Luftangriff auf Halberstadt* die Beschreibung der Herstellung dieses Punktes (bzw. die Suggestion für den Leser), der Benjaminsche „Chok“, mit einer augenblickhaften Wahrnehmung der Zeit und der Chance auf Überschreitung, auf den „Tigersprung“ (Benjamin 1965: 90), der die „Papiertiger-Natur“ (Kluge 1975: 215) der

Wirklichkeit evident machen soll. Dieses Anliegen erfordert eine Rhetorik, die sich dokumentarisch tarnt, um Leserlenkung zu erreichen. So fliegt das „Begriffs-System“ (Kluge 1977: 66) heran, um seine Form des Moral Bombing zu vollziehen. Kluges Text, dem Projekt verpflichtet, „Momenteindrücke“ dreißig Jahre später wenigstens in der Reflexion als Sprengbombe gegen die restaurierte Bürgerlichkeit einzusetzen, führt die Perversität des „Produktionsverhältnisses Luftangriff“ (ebd. 65) vor und überlässt es scheinbar dem Leser, interpretative Konsequenzen daraus zu ziehen. Nur einige Beispiele für die Inszenierung dieser Perversion: Der Vergleich der Zerstörung Halberstadts mit der „Abheilung“ einer Wunde (ebd. 77), die gesamte Diskussion zwischen Kunzert und Anderson über die Vermeidbarkeit des Angriffs („Was sollte denn die Stadt tun, um zu kapitulieren?“ [ebd. 79]) oder knappe Skizzen des Entsetzens: „Frühgeburt bei verbrennendem Körper. Das neue Leben verbrennt ebenfalls. Ehrfurchtsvoll lassen wir dieses Grauen noch einen Tag auf der Straße liegen“ (ebd. 106). Kluges Geschichtsphilosophie, in *Geschichte und Eigensinn* formuliert, ist selbst eine mittels ästhetischer Verfahren (was zu einer assoziativen, gewissermaßen ‚epischen‘ Theoriebildung führt) hergestellte Konstruktion, die in romantischer Tradition steht (Ursprung, Ekstase, triadisches Geschichtsmodell, utopisiertes Mittelalter). „Die versteinerten Verhältnisse müssen nicht nur tanzen, sondern sich verflüssigen. Mit den ungeheuren mimetischen Vermögen, die das menschliche Kollektiv besitzt“ (Negt/Kluge 1981: 1145f.). In dieser Absicht setzt Kluge auf die performative Kraft von Literatur: Schaffung von Emblemen des Erkennens und implizit der Hoffnung, „Produktion des Erfahrungshorizontes“ (Kluge 1975: 219) durch eine „öffentlich lesbare Chiffre“ (Negt/Kluge 1981: 97) – etwa das Foto des zerstörten Halberstadt mit Marx-Zitat und erläuternder subscriptio darunter (vgl. Kluge 1977: 102f). Das alles kann man natürlich auch einfacher haben. Kluges *Programm* passt in einen Satz: „Wer über die Märchen lacht,

war nie in Not“ (Kluge 1979: 129). Sein *Text* geht darüber hinaus und arbeitet gegen diesen geschichtsphilosophischen Rahmen an. Aber vielleicht haben wir nur nicht richtig die Lücke gelesen.

Kohärenzstiftung, sei sie historiographischer oder fiktionaler Art, ist gebunden an Distanz (die dreißigjährige Verspätung), die Reflexion ermöglicht. Die Zeit, diese Reflexion zu leisten, gewährt die Zeit als Kontinuum nicht, d. h. die (an Freuds berühmten Essay gemahnende) „Unheimlichkeit der Zeit“ besteht zunächst ganz formal darin, dass aus Reflexion resultierendes richtiges Handeln sich als nachträglich erweist, d. h. ungleichzeitig zu der Situation ist, in der dieses Handeln notwendig wäre. Husserls logische Sekunde vergeht immer, spielt aber im »Normalfall« (fast) keine Rolle. Der Krieg dagegen liefert eine Extremfassung dieser Nachträglichkeitsstruktur. Von ihr aus gesehen kann der abarische Punkt nur imaginär sein und müssen historische Lernprozesse einen tödlichen Ausgang haben. Das Problem schwelt auf der Ebene des Textes weiter – wie ein verhinderter Brandlöschexperte ausführt: „Wir müssen Trümmerrichtung, Sortierung der Sprengeneinschläge, Fallrichtung der Brandzündler, Windrichtung, Fallrichtung der Häuserfassaden, zahllose Einzelinformationen über Brennbarkeit von Häuserinventar kennen, um uns in unserem Fachwissen ausbreiten zu können. Das wäre sicher der Fall nach der 16. Brandkatastrophe einer Stadt, gesetzt dass Bevölkerung und Administration lernen“ (Kluge 1977: 100). Die Lebensprogramme zerfallen schneller, als neue erstellt werden können – einmal jene Gleichzeitigkeit herstellen zu können (über eine gegengeschichtliche Erinnerungsarbeit) ist der theoretisch-literarische Traum Kluges. Die Ungleichzeitigkeit ist der Widerspruch, an der jede „Strategie von unten“ (beispielsweise durch „siebzigtausend entschlossene Lehrer“ [ebd. 59] zu implementieren) krankt: denn „[n]och aber war nicht Vergangenheit.“ (ebd. 62).

Bibliographie:

- Benjamin, Walter (1965): Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Frankfurt/M.
- Bolz, Norbert (1985): Eigensinn. Zur politisch-theologischen Poetik Hans Magnus Enzensbergers und Alexander Kluges. S. 40–59 in: Hörisch, Jochen/Winkels, Hubert (Hg.), Das schnelle Altern der neuesten Literatur. Düsseldorf.
- Carp, Stefanie (1987): Kriegsgeschichten. Zum Werk Alexander Kluges. München.
- Derrida, Jacques (1985): Apokalypse. Graz, Wien.
- Kluge, Alexander (1973): Lernprozesse mit tödlichem Ausgang. Frankfurt/M.
- Kluge, Alexander (1975): Gelegenheitsarbeit einer Sklavin. Zur realistischen Methode. Frankfurt/M.
- Kluge, Alexander (1977): Neue Geschichten. Hefte 1–18. „Unheimlichkeit der Zeit“. Frankfurt/M.
- Kluge, Alexander (1978): Schlachtbeschreibung. Roman. Frankfurt/M.
- Kluge, Alexander (1979): Die Patriotin. Texte/Bilder 1–6. Frankfurt/M.
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1981): Geschichte und Eigensinn. Frankfurt/M.
- Roberts, David (1983): Alexander Kluge und die deutsche Zeitgeschichte: *Der Luftangriff auf Halberstadt am 8.4.1945*. S. 77–116 in: Böhm-Christel, Thomas (Hg.), Alexander Kluge. Frankfurt/M.
- Sebald, W.G. (1982): Zwischen Geschichte und Naturgeschichte – Versuch über die literarische Beschreibung totaler Zerstörung mit Anmerkungen zu Kasack, Nossack und Kluge. *Orbis Litterarum* 37, S. 345–366.
- White, Hayden (1990): Die Bedeutung der Form. Erzählstrukturen in der Geschichtsschreibung. Frankfurt/M.

Marcus Hahn, Universität Konstanz, Philosophische Fakultät, Fachgruppe Literaturwissenschaft, Graduiertenkolleg „Theorie der Literatur und Kommunikation“, Fach D 158, D-78457 Konstanz, E-Mail Marcus.Hahn@uni-konstanz.de

Krieg und Ökologie – die ökologischen Folgen des Ersten Weltkriegs anhand des Beispiels von Verdun

von Marco Schell

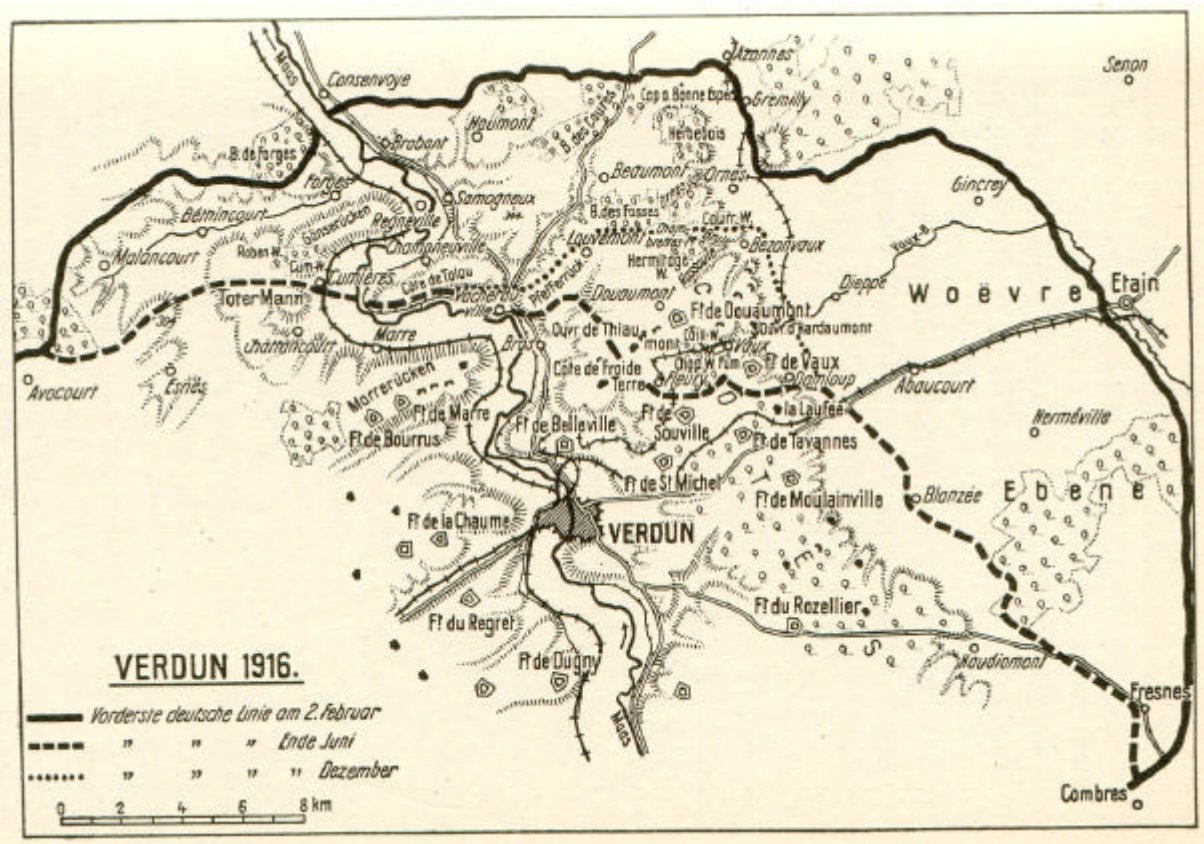
Krieg zerstört nicht nur Leben, sondern auch und vor allem Lebensgrundlagen. Bereits für die Antike und das Mittelalter sind Fälle von Umweltkriegführung belegt. Schon im 2. Jahrhundert v. Chr. streuten die einfallenden Römer Salz über die Felder Karthagos, um das Getreide zu zerstören und die Böden zu vergiften. Im mittelalterlichen Europa schleuderten Soldaten die Körper verendeter Tiere über die Mauern belagerter Städte, um das Grundwasser zu kontaminieren und auf diese Weise die Wasserversorgung lahm zu legen. Seit der Industrialisierung sind Umweltschädigungen – wenn auch möglicherweise unbeabsichtigt – häufig die Folge einer hochtechnisierten Kriegführung. Die Forschung jedoch beschränkte sich im Zusammenhang mit „Krieg und Ökologie“ bis zum heutigen Tage weitgehend auf theoretische Überlegungen, die zukunftsorientiert sind. Langfristige ökologische Kriegsfolgen werden im Sinne einer Prognose abgeschätzt, statt verlässlichere Aussagen anhand von Messungen der Folgen eines zeitlich länger zurückliegenden Konfliktes zu machen. Demgegenüber sollen hier die ökologischen Folgen des Ersten Weltkriegs anhand eines konkreten Beispiels thematisiert werden.¹ Die Fragestellung kann folgendermaßen umschrieben werden: Machten sich die an der Schlacht von Verdun beteiligten Zeitgenossen, vom General bis hinunter zum einfachen Soldaten, irgendwelche Gedanken über die ökologischen Konsequenzen ihrer Handlungen? Daran schließt sich die Frage an, wie die nachfolgenden Generationen mit den

Umweltzerstörungen umgingen, die durch die Schlacht verursacht wurden.

Dabei hat eine historische Analyse von Umweltkriegführung und ökologischen Folgeschäden von Kriegen in Rechnung zu stellen, dass der moderne Begriff „Ökologie“ und dessen umweltpolitische Ausformung nur wenige Jahrzehnte alt sind. Seit Rousseau existieren zwar mehrere moderne Formen von Naturverbundenheit, doch fehlten ihnen jene Verwissenschaftlichung und das Denken in komplexen Systemen, die heutzutage im Begriff der Nachhaltigkeit gipfeln. Es wäre deshalb völlig verfehlt, wenn man die an der Schlacht von Verdun Beteiligten am modernen Ökologiebegriff messen wollte. 1866 hatte der Biologe E. Haeckel den Begriff „Ökologie“ als Wissenschaft von den Beziehungen zwischen den Organismen und ihrer jeweiligen Umwelt geprägt. 1877 folgte ein weiterer wichtiger Schritt: K. Möbius definierte zum ersten Mal das Wort „Biozönose“ anhand seiner Forschung über Lebensgemeinschaften von Austern. Besonders entscheidend dabei war, dass sich „Gemeinschaft“ auf eine Lebens- und Interessengemeinschaft von Tieren und Pflanzen bezog. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde dabei erkannt, dass es Wechselwirkungen zwischen zwei Reichen gibt, bei denen man sich bis dahin begnügt hatte, alle bekannten und neu entdeckten Individuen so genau wie möglich zu sammeln und kategorisieren. Der dritte, entscheidende Schritt wurde allerdings erst 1935 von A.G. Transley vollzogen, welcher das Wort „Ökosystem“ erfand und in dieses auch die abiotischen Faktoren miteinbezog.

¹ Die Ausführungen basieren auf einer Lizentiatsarbeit zum gleichen Thema (Bern 2000).

Kartenskizze zur Schlacht von Verdun (Erich Otto Volkmann, Der große Krieg 1914-1918. Kurzgefaßte Darstellung auf Grund der amtlichen Quellen des Reichsarchivs, Berlin⁵1924)



Nach 1945 konnte sich die bereits in den 1930er Jahren in Großbritannien aufkommende, analytische Ökosystemforschung durchsetzen. Dazu kamen die neuen mathematisch-kybernetischen Methoden und die gezielte ökologische Untersuchung von Problembereichen wie Ballungszentren, Industrieauswirkungen, Atomtests, usw. In den 1950er und 1960er Jahren wurden vor allem Einzelprobleme zum Thema Umwelt diskutiert, so u. a. der mögliche Beitrag der Sonnenenergie gegen die weltweit drohende Energiekrise oder Rachel Carsons „Der stumme Frühling“ von 1962 als Warnung vor dem Artensterben auf Grund der Umweltverschmutzung.

Anfang der 1970er Jahre veröffentlichte der Club of Rome seinen berühmt gewordenen Bericht über die Grenzen des Wachstums, der zuvor auf zwei internationalen Konferenzen diskutiert worden war. Bedeutung erlangte der Bericht nicht nur durch die wissenschaftliche Reputation seiner Verfasser und die als bedrohlich nahe geschilderte Menschheitskatastrophe, sondern auch durch seine Verknüpfung verschiedener Aspekte des Umweltverbrauchs und der Umweltverschmutzung, wenngleich einige Vorhersagen nicht realistisch waren. Die ersten rechtlichen Normen, welche die Umwelt vor der zerstörerischen Wirkung von Kriegen zu schützen versuchen, wurden Ende der 1970er Jahre als Reaktion auf den Vietnam-Krieg formuliert. Dies, nachdem erste systematisch angelegte Berichte über die ökologischen Auswirkungen des Militärapparates im „Stockholm International Peace Research Institute“ (SIPRI) und am „International Peace Research Institute Oslo“ (PRIO) entstanden waren. Sie beeinflussten auch die Arbeit des Umweltprogramms der UNO (UNEP) und wurden mitunter von dort in Auftrag gegeben. Der 1983 veröffentlichte Umweltbericht der UNEP „Umwelt Weltweit“ widmete dem Bereich Frieden und Sicherheit knapp 30 Seiten. Chemische und biologische Waffen wurden als Umweltwaffen

kritisiert. Ebenfalls thematisiert wurde der Verbrauch von Rohstoffen, wie auch die Schädigung der Stratosphäre durch Raketen und Flugzeuge. Internationales Recht, welches sich mit der Entsorgung von alten chemischen Waffen auseinandersetzt, existiert erst seit einigen Jahren mit der sog. „Chemical Weapons Convention“, welche am 13.1.1993 ausgerechnet in Paris verabschiedet wurde. Frankreich ratifizierte die Konvention am 2.3.1995 und verpflichtete sich damit, sämtliche chemischen Waffen, die sich auf dem eigenen Staatsgebiet befinden, zu lokalisieren und fachgerecht zu entsorgen. Wie noch zu zeigen sein wird, ist für den konkreten Fall Verdun eine vollständige Räumung kaum realistisch: Erstens befinden sich die heute noch millionenfach (!) vorhandenen Artillerieblindgänger größtenteils unter der Erdoberfläche. Zweitens würde der Einsatz von Metalldetektoren keine entscheidende Hilfe bei der Ortung solcher Blindgänger darstellen, da sich nach wie vor eine Unmenge an Metallgegenständen aller Art in der sog. „Zone Rouge“ (der Zone der totalen Vernichtung auf den ehemaligen Schlachtfeldern) befindet. Drittens handelt es sich beim Löwenanteil der vorhandenen Blindgänger nicht um Giftgasgranaten; die meisten Blindgänger fallen demnach auch nicht unter die Bestimmungen der Konvention.

Die erste internationale Konferenz zum Thema „Krieg und Ökologie“ fand vom 10. bis 12. Juni 1998 in Washington D.C. statt (First International Conference on Addressing Environmental Consequences of War: Legal, Economic and Scientific Perspectives). Ebenfalls 1998 kam es in Rom nach erfolgreichen diplomatischen Verhandlungen zur Unterzeichnung einer Grundsatzakte über die Gründung eines neuen internationalen Gerichtshofes. Diesem wurden vier Gebiete zugeteilt, für deren Rechtsprechung er künftig verantwortlich sein wird: Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression. Unter der

Liste der möglichen Kriegsverbrechen werden auch willentliche militärische Aktionen, die sich gegen die Umwelt richten, miteinbezogen. Allerdings konnten einige grundlegende Mängel nicht behoben werden. So wird etwa bis heute nirgends klar definiert, wie sich kurzfristige ökologische Kriegsfolgen von langfristigen unterscheiden.

Wenn man davon ausgeht, dass „kurzfristige“ Folgen in der zeitlichen Größenordnung von Tagen, höchstens Monaten und „langfristige“ Folgen in Jahrzehnten oder Jahrhunderten gemessen werden, so ist jedenfalls unbestritten, dass die Schlacht um Verdun zu beiden „Arten“ von Kriegsfolgen geführt hat, und dies massiv: Kurzfristig wurden Gewässer und Atmosphäre besonders intensiv belastet, langfristig sind besonders die Auswirkungen von Giftgas und Artillerie zu nennen, welche nicht nur die Landschaft, Wälder und Häuser komplett zerstört haben, sondern durch die Aufforstung und den Wiederaufbau die ganze Region dermaßen verändert haben, dass gerade die Gegend um Verdun nach dem Krieg nur noch wenig mit der Vorkriegszeit gemeinsam hatte. Die ökologischen Kriegsfolgen sind bis zum heutigen Tage deutlich und auch für Laien ohne Fachkenntnisse sichtbar: Die Landschaft weist durch millionenfach explodierte Artilleriegranaten verursachte Krater auf; in den Wäldern der „Zone Rouge“ tauchen immer wieder Blindgänger (deren Anzahl für den Ersten Weltkrieg immerhin auf durchschnittlich 15–20% aller eingesetzten Granaten geschätzt wird!), Handgranaten, Ausrüstungsgegenstände von Soldaten, Schrapnell-Kugeln, Waffenteile und vieles mehr auf. Dies ist einerseits durch Waldarbeiten zu erklären, welche dazu führen, dass der Boden aufgewühlt wird (die Relikte stellen übrigens ein ganz erhebliches Gefahrenpotential für die Waldarbeiter dar). Andererseits zeigt sich ein Frostwechselphänomen dafür verantwortlich, welches auch in unseren

Breitengraden im Winter und Frühling zum „Ausspucken“ von Steinen führt. Die beschriebenen Überreste stellen für Mensch und Umwelt ein beachtliches Gefahrenpotential dar. Es sollten deshalb so schnell wie möglich pedologische und hydrologische Untersuchungen getätigt werden, um die langfristigen ökologischen Folgen besser quantifizieren zu können. Diese Aufgabe ist jedoch sinnvollerweise nur durch ein interdisziplinäres Forscherteam in Angriff zu nehmen.

Den Zeitgenossen ging jedoch weitgehend das Bewusstsein für die ökologischen Folgen der Schlacht ab. Brauchbare Daten, welche präzisere Schlüsse auf kurzfristige ökologische Folgen zulassen würden, wurden daher kaum erhoben. So überrascht es auch nicht, dass die beteiligten Soldaten sich nur in Ausnahmefällen über die Umweltfolgen der Kämpfe Gedanken machten. Die Generalität auf beiden Seiten war ohnehin viel zu sehr damit beschäftigt, um jeden Preis zu siegen. So hatte Falkenhayn den Stellungskrieg folgendermaßen definiert: „Das erste Prinzip des Stellungskrieges muss es sein, auch nicht einen Fußbreit Boden preiszugeben; und falls er doch verloren geht, ihn sofort im Gegenangriff wieder zu nehmen, selbst wenn das den letzten Mann kostet“. Nicht anders auf französischer Seite: Nach Übernahme des französischen Oberbefehls durch Pétain antwortete dieser in seinem Befehl Nr. 1 mit den praktisch identischen Worten: „Toute parcelle de terrain qui serrait arrachée par l'ennemi donnera lieu à une contre-attaque immédiate“. Wenn also schon das Schicksal der als „Menschenmaterial“ betrachteten Soldaten in den Überlegungen der Generalität kaum eine Rolle spielte, wie wenig wurde dann erst auf die Umwelt Rücksicht genommen. Doch auch die Soldaten auf dem Schlachtfeld waren viel zu sehr mit sich selbst und ihrem Überlebenskampf beschäftigt, um Gedanken an die Umwelterstörungen zu verschwenden.

Überraschend ist allerdings, wie wenig die Umweltzerstörungen in Verdun auch nach dem Krieg und bis in die Gegenwart hinein beachtet werden. So listete die französische Delegation bei den Friedensverhandlungen von Versailles jeden nur möglichen Regressanspruch auf, um die vom Deutschen Reich verlangten Reparationszahlungen in die Höhe zu treiben. Doch die Umweltschäden in den Kampfgebieten auf französischem Boden fanden mit keinem Wort Erwähnung. Stattdessen wurden die Schäden durch oberflächliche Aufräumarbeiten und eher unsachgemäße Aufforstungen mehr verdeckt als behoben. Die gelegentlich spürbare Geheimniskrämerei der französischen Regierung in Umweltfragen sorgte darüber hinaus dafür, dass sich in der betroffenen Bevölkerung kein Bewusstsein für die in Verdun drohenden Gefahren entwickelte.

Literatur:

Acot, Pascal, Histoire de l'écologie, Paris 1988.

Austin, Jay/Bruch, Carl (Hrsg.), The Environmental Consequences of War. Legal, Economic and Scientific Perspectives, Cambridge 2000.

Clout, Hugh, After the Ruins. Restoring the Countryside of Northern France after the Great War, Exeter 1996.

Warnke, Götz, Die grüne Utopie. Heile-Welt-Mythen, Gesellschaftsutopien und Naturromantik als Ausdruck einer angstbestimmten Politik, Frankfurt am Main 1998.

Webster, Donovan, Aftermath. The Remnants of War, New York 1996.

Westing, Arthur H., Explosive Remnants of War. Mitigating the Environmental Effects, London; Philadelphia 1985.

Marco Schell, Bellevuestr. 133, CH-3095 Spiegel b. Bern,
E-Mail schell@bluewin.ch

Wissenschaftliche Projekte

"Der rechte Tummel-Platz des Mars": Belagerungen im 18. Jahrhundert (Dissertation)

von Daniel Hohrath

Die Bedeutung von Festungsstädten für den frühneuzeitlichen Kriegsstaat ist allgemein bekannt, auch vergisst kaum eine Überblicksdarstellung zu erwähnen, dass der Kampf um Festungen ein wesentliches, phasenweise bestimmendes Element in der Kriegführung des absolutistischen Zeitalters gewesen sei. Es ist um so erstaunlicher, dass sich die (militär-) historische Forschung für diesen Aspekt kaum interessiert hat. Während ein Blick auf die zeitgenössische Militärwissenschaft, Historiographie und Publizistik den Stellenwert dieser Kriegsform deutlich zeigt, hat die seit dem frühen 19. Jahrhundert bis heute vom Paradigma der Schlachtenentscheidung und des Bewegungskrieges geprägte Kriegsgeschichtsschreibung dem Belagerungskrieg nur mehr marginale Aufmerksamkeit gewidmet. Die "neue" Militärgeschichte hat die notwendigerweise ereignisorientierte "Kriegsgeschichte" oft als erledigten Fall abgehakt, und ihr Interesse auf die Rekonstruktion der in stabilen Friedensverhältnissen besser fassbaren sozialen Strukturen des stehenden Söldnerheers gerichtet. Ein besonders interessanter Aspekt des Belagerungskrieges liegt darin, dass hier, während sich andere Kriegshandlungen nur zwischen zwei gegnerischen Kriegsparteien abspielen, stets eine dritte „Beteiligte“ zu berücksichtigen ist: die (Festungs-)Stadt. Gleichwohl ist auch von Seiten der Städtegeschichtsschreibung dem Themenbereich Stadt und Militär bzw. Stadt im Krieg bisher über ältere Lokalstudien und verstreute Quellenpublikationen hinaus kaum Aufmerksamkeit gewidmet worden.

Die anzukündigende Studie stellt mit dem Belagerungskrieg einen Typus militärischer

Ereignisse in den Mittelpunkt. Dabei kann es nicht darum gehen, im Sinne einer Fortschreibung der älteren Kriegsgeschichte einzelne Belagerungen neu zu rekonstruieren, sondern über den breit angelegten Vergleich von vielen der in ihren äußeren, technischen Formen immer wieder ähnlich verlaufenden Vorgängen exemplarische Aufschlüsse über strukturelle Probleme der Epoche zu gewinnen. Insbesondere eröffnet die Untersuchung von Belagerungsereignissen Möglichkeiten zu Einblicken in die Kriegswirklichkeit jenseits der herkömmlichen strategisch-politischen und der taktisch-operativen Betrachtungsweisen: Das meint keine "Militärgeschichte von unten", wie sie in letzter Zeit modisch gefordert wird, aber immerhin eine "Kriegsgeschichte aus der Nähe". Eine solche kann die klassischen Fragen nach dem Handeln und Entscheiden der Feldherren bzw. Festungskommandanten keinesfalls ignorieren, muss sich auch kritisch mit den Paradigmen der älteren Kriegsgeschichtsschreibung auseinandersetzen, etwa hinsichtlich der Frage nach dem Verhältnis von militärischer Theorie und Praxis und den spezifischen Bedingungen der Kriegführung des 18. Jahrhunderts, doch erlauben die Quellen hier weitergehende Perspektiven: Im Brennpunkt der Belagerung lassen sich die Anforderungen und Auswirkungen beobachten, die auf die verschiedenen vom Ereignis betroffenen Menschen innerhalb und außerhalb der Festungsstädte zukamen: Bürger, privilegierte Gruppen und städtische Unterschichten, Umlandbewohner ebenso wie Kommandanten und Offiziere, Ingenieure und Soldaten.

In dem relativ engen zeitlichen und räumlichen Rahmen des Geschehens der Belagerung berühren sich die Kriegspolitik und Militärstrategie des absoluten Fürstenstaates mit ihrer sozialen Basis: dem stehenden Söldnerheer einerseits und der altständisch geprägten Bevölkerung andererseits. Das nur auf den ersten Blick

rein militärische Ereignis erweist so seine sozialgeschichtliche Relevanz. So zeigen sich etwa die Grenzen der Mobilisierbarkeit der städtischen Bevölkerung und ihrer Ressourcen für die Verteidigung, zugleich die Unentbehrlichkeit der zivilen Infrastruktur für die Versorgung der Garnison; deutlich werden auch Zusammenarbeit und Konflikte zwischen den städtischen Amtseliten und der militärischen Führung. Die ländliche Bevölkerung der Umgegend wurde nacheinander zur Verfügungsmasse beider Seiten: hatten die Bauern noch im Vorfeld der Belagerung die Verschanzungen der Festung verstärkt und Vorräte geliefert, waren von ihnen nun Erdarbeiten und Versorgungsführen für die Belagerer zu leisten. Auf Seiten der militärischen Partizipanten werden die Probleme des stehenden Söldnerheeres und seiner Führungsschichten sichtbar: „Oben“ die Situation des Kommandanten im oftmals prekären Dilemma zwischen dem Auftrag, eine Festung möglichst lange zu verteidigen und der Notwendigkeit, durch eine Kapitulation im rechten Moment die Garnison zu retten und die Stadt vor weiterer Zerstörung zu bewahren. Eine besondere Rolle, die jenseits ihres Ranges und ihres häufig geringen Sozialprestiges in der militärischen Gesellschaft lag, nahmen die technischen Spezialisten von Artillerie- und Ingenieurcorps ein. „Unten“ fällt der Blick auf die Lage und das Verhalten der Soldaten von Garnison und Belagerungscorps, die die oft wochenlangen Strapazen von Schanzarbeit, Hunger, dauerndem Beschuss und erbitterten Kämpfen bei Stürmen und Ausfällen zu erdulden hatten.

Die Entscheidung, das mittlere 18. Jahrhundert mit den Kriegen von 1740–1748 und 1756–1763 ins Zentrum der Untersuchung zu stellen, basiert auf der These, dass sich der frühmoderne Kriegsstaat mit stehendem Heer und Festungswesen auf dem Scheitelpunkt seiner Entwicklung befand, folglich grundsätzliche Probleme und Brüche besonders gut

erkennbar werden können. Geographisch deckt die Studie den west- und mitteleuropäischen Raum ab. Der breite Ansatz verlangt den vergleichenden Blick auf durchaus unterschiedliche Regionen und das Verhalten verschiedener Armeen und ermöglicht so eine differenzierte Sicht auf wesentliche Phänomene von Krieg und Gesellschaft im 18. Jahrhundert. Die Arbeit steht unmittelbar vor dem Abschluss.

Daniel Hohrath, M.A., Berkheimerstr. 50, D-73734 Esslingen, E-Mail Daniel.Hohrath@t-online.de

Die wirtschaftliche Anpassung des Adels an den Kapitalismus 1860–1914 am Beispiel der preußischen Provinz Sachsen (Dissertation)

von Thierry Jacob

Ziel des Dissertationsprojektes ist es, anhand eines regionalen Beispiels die These der rigiden Ablehnung des Kapitalismus durch den preußischen Adel auf seine Stichhaltigkeit zu überprüfen und das wenig erforschte Verhältnis des Adels zur Industrialisierung und zum „Geldmachen“ näher zu bestimmen. Ausgangsthese ist, dass der Adel im Kaiserreich vor einer doppelten, immer drängenderen Herausforderung stand. Wollte er seinen Fortbestand als soziale Gruppe und seine Elitenrolle sichern, mußte er nicht nur neue Einkommensquellen entdecken, sondern auch eine begrenzte Umwälzung seiner traditionellen Denkweise zulassen sowie neue Wege der sozialen und wirtschaftlichen Erhaltung suchen. Es soll weniger darum gehen, den Adel als Motor und Befürworter des Kapitalismus vorzustellen, als zu beschreiben, auf welcher Weise und wie tief die Adligen sich wirtschaftlich geöffnet haben und inwiefern sie als Adlige wirtschaftlich handelten. Die grundlegende Frage ist, inwiefern diese alte Elite neue wirtschaftliche Handlungsmöglichkeiten wahrnahm und wo

die Barrieren ihres wirtschaftlichen Engagements lagen.

Wenngleich sich die Untersuchung auf den grundbesitzenden Adel konzentriert, sind ihre Ergebnisse auch von militärgeschichtlicher Relevanz. Einerseits fungierte der Adel im 19. Jahrhundert als tragende Säule des preußischen Offizierskorps. Andererseits war der preußische Adel im Unterschied zum britischen durch ein stark vormodernes und antikapitalistisches militärisches Ethos geprägt, das als Barriere eines wirtschaftlichen Engagements wirken konnte. Darüber hinaus liefert die Untersuchung durch die Beschreibung des wirtschaftlichen Handelns und der Rekonstruktion der Vermögensentwicklung eine materiale Basis zur sozialwirtschaftlichen Lage der preußischen Machtelite, der sogenannten „Junker“.

Im folgenden Beitrag sollen demzufolge stichwortartig einige Ansätze zur Thematik Adel, Offiziere und Kapitalismus vorgestellt werden. Generell lässt sich feststellen, dass der Adel im Kaiserreich keine Klasse war, die der Dynamik des Kapitalismus fernblieb. Vielmehr hat er Strategien entwickelt, die zu einer Anpassung seiner wirtschaftlichen Strukturen führte, und er hat versucht, von den neuen Chancen auf Reichtum zu profitieren. Auch der Adel öffnete sein Vermögen für die gewinnbringende Anlage in Wertpapieren und die Güter wurden nach Rentabilitätskriterien verwaltet. Er suchte Anschluss an die regionale Wirtschaft durch die Gründung von Bergwerken und vor allem Zuckerfabriken. Adlige engagierten sich auch in Aktiengesellschaften. Demzufolge kann man einen bedeutenden Kern von Familien identifizieren, deren unternehmerische Tätigkeiten ihnen nicht nur bedeutende Einnahmen brachten, sondern auch zu einem relativen sozialen Aufstieg führten. Von einem allgemeinen wirtschaftlichen Verfall des preußischen Adels im 19. Jahrhundert kann nicht die Rede sein.

Zwischen den „rein“ grundbesitzenden Familien und grundbesitzenden Familien mit

einer starken militärischen Orientierung lassen sich auf der Ebene ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten keine Unterschiede feststellen. Vielmehr gehörten typische Vertreter von militärischen Familien wie die Alvensleben, Bülow, Schulenburg oder Wartensleben zu den dynamischsten Grundbesitzern der Provinz. Sie leisteten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur regionalen Industrialisierung und wurden regionale Unternehmer, sondern arbeiteten auch als Aufsichtsräte großer Berliner Gesellschaften und standen der Spekulation nicht ablehnend gegenüber.

Gleichwohl fallen beim Vergleich der wirtschaftlichen Tätigkeiten des preußischen Adels mit dem anderer europäischer Länder Unterschiede weniger im Umfang als in der Qualität der wirtschaftlichen Anpassung auf. Der preußische Adel konzentrierte sich sehr stark auf regionale und agro-industrielle Bereiche, was dazu führte, dass die Ebene des großen städtischen Kapitalismus und des Finanzwesens relativ vernachlässigt blieb. Die nachgeborenen Söhne von wirtschaftlich dynamischen Familien wurden nicht in gewinnbringende Karrieren der privaten Wirtschaft entsandt, sondern in die Staatsverwaltung und vor allem das Militär. Diese Beschränkung auf wenige Wirtschaftssektoren und traditionelle Berufsmuster lässt sich durch den Fortbestand mentaler Barrieren erklären. Der Adel lehnte nicht den Kapitalismus allgemein ab, sondern dessen Folgen, insofern sie mit seiner traditionellen Identität in Konflikt gerieten. Seine kulturelle „Modernisierung“ blieb demzufolge beschränkt.

Seitens der adligen Berufsoffiziere, deren finanzielle Lage oft prekär war, ist keine große wirtschaftliche Tätigkeit erkennbar. Man sollte jedoch vorsichtig sein, hinter der standesgemäßen Ablehnung der Geschäfte und des „Koofmich“ die kulturelle Barriere für die Integration von Offizieren in die Wirtschaft zu sehen. Zum einen sollte nicht alles auf Standesdünkel zurückgeführt werden: Bei den aus nicht grundbesitzenden

Familien stammenden Offizieren spielte auch die bescheidene Kapitalkraft eine kaum zu unterschätzende Rolle und zog eine entscheidende Grenze für den Anschluss an neue Reichtumschancen. Zweitens gelang es manchen Offizieren, die kulturellen Barrieren ihres Milieus zu überwinden, indem sie während und nach ihrer Karriere Aufsichtsratsmandate übernahmen. Dies gilt sowohl für Abkömmlinge von verarmten Familien, die dadurch ihr Einkommen zu erweitern suchten, als auch für Vertreter der Generalität, die ihr technisches wie symbolisches Kapital zu nutzen wussten. Ferner wirkte die traditionelle adlige Familiensolidarität auch zugunsten eines gesunden finanziellen Segments unter den Berufsoffizieren. Die Notwendigkeit, für die Kinder zu sorgen, führte dazu, dass der Stammvater seinen nachgeborenen Söhnen nicht nur Wertpapiere vererbte, sondern bewirkte auch einen Impuls zur Modernisierung des Gutsbetriebes aus familiären Gründen: Wenn ein Betrieb auf dem Grundbesitz errichtet wurde, konnte dieser als eine Art Apanage für die ganze Familie dienen, dessen Gewinn sich alle Angehörigen teilten. Zahlreiche Familienstiftungen trugen darüber hinaus zum standesgemäßen Leben auch der nicht begüterten Familienmitglieder bei. Als 1872 der grundbesitzlose General Constantin von Alvensleben vom preußischen König eine Dotation in Höhe von 450.000 Mark erhielt, legte er diesen Betrag bemerkenswerterweise nicht in Grundbesitz, sondern in amerikanischen und russischen Eisenbahnobligationen an. 1892 verfügte er testamentarisch, dass sein Vermögen in ein Familienfideikommiss umgewandelt werde, dessen bedeutende Einkünfte in erster Linie denjenigen Mitgliedern des Geschlechtes zufallen sollten, die die Offizierslaufbahn einschlugen.

Thierry Jacob (Université Lyon II-Lumière), 13 rue Montbrillant, F-69003 Lyon, Tel. ++33-(0)4-78549422, E-Mail: thjacob@yahoo.com

**„Entscheidende Faktoren“ in
Analysen der „Invasion“ 1944. Zur
Entstehung und Verwendung
dezisionistischer und
ökonomisch-deterministischer
Erklärungsmuster (Dissertation)**

von Winfried Mönch

Die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft hat sich für die Geschichte der Kriegsgeschichtsschreibung, die als unmoderne Relikt galt, erst relativ spät interessiert. Dies ist umso erstaunlicher, als die Kriegsgeschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit aus den ausgewerteten Erfahrungen des Ersten Weltkrieges die Lehren für jene Zukunft bereitgestellt hatte, die zum Zweiten Weltkrieg werden sollte. Dessen militärischer Verlauf gewinnt deutlich an Kontur, wenn man ihn vor den damaligen militärgeschichtlichen Interpretationen des Ersten Weltkrieges betrachtet. Insofern wird diese Art von Kriegsgeschichtsschreibung selbst zur historischen Quelle, die nicht nur von historiographiegeschichtlichem Interesse ist.

Tatsächlich ist für den Historiker die Frage nach den Lehren von größtem Interesse, die die Zeitgenossen aus den Kriegen der Vergangenheit ableiten zu können glaubten. Aus ihnen eröffnet sich ein historischer Zukunftshorizont, der die möglichen Alternativen aufzeigt, die zu einer gegebenen Zeit wahrgenommen wurden. Dazu liefert die ganze Bandbreite der kriegsgeschichtlichen Literatur von den offiziellen Generalstabswerken über die verschiedensten wissenschaftlichen Ansätze bis hin zu populären Darstellungen wertvolle Aufschlüsse. Am Beispiel des Zweiten Weltkrieges kann nachgewiesen werden, dass sich die in der Zwischenkriegszeit entwickelten Deutungsmuster gleichermaßen in den Veröffentlichungen der Kriegs- wie der Nachkriegszeit finden.

Nach den traumatischen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges schienen bereits in der Zwischenkriegszeit die klassischen Para-

digmen der Militärtheorie und Kriegsgeschichtsschreibung mit ihren Operationen und Entscheidungsschlachten obsolet geworden zu sein. Ökonomische und psychologische Faktoren als außermilitärische Wirkungskräfte, wie sie sich im Wirtschafts- und Propagandakrieg äußerten, hatten für viele Militäranalytiker der Zeit offensichtlich einen überragenden, wenn nicht gar den entscheidenden Anteil am Ausgang des Ersten Weltkrieges. Die Debatte um den historischen Verlauf des Krieges wurde damit zugleich auch zu einer Diskussion um die Hierarchie der kriegsentscheidenden Faktoren. In den 1920er und 1930er Jahren bildeten sich besonders in Deutschland zwei gänzlich konträre Denkstile heraus, die auf den zeitgeschichtlichen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges ruhten und die diese Erfahrungen für die Zukunft nutzen wollten. Der „linke“ Denkstil, mustergültig vertreten durch Alexander Schiffrin, sah in den ökonomischen Potentialen den kriegsentscheidenden Faktor, der „rechte“, vertreten etwa durch General von Cochenhausen, glaubte dagegen, dass die Entschlüsse und Entscheidungen der militärischen Führung und später des „Führers“ den Ausschlag in einem „Zukunftskrieg“ geben würden. Es erwies sich als sinnvoll, die beiden Geisteshaltungen als „ökonomisch-deterministisch“ bzw. als „dezisionistisch“ zu charakterisieren.

Diese beiden historischen Denkstile bzw. Deutungsmuster wurden auch während des Zweiten Weltkrieges aufgegriffen und zur Erklärung des gerade stattfindenden Krieges herangezogen. Dies zeigte sich insbesondere in den Debatten um die „Invasion“, d. h. die Eröffnung einer Zweiten Front gegen Deutschland im Westen zur Entlastung der Sowjetunion. Die Invasion war bereits in der Erwartung der Zeitgenossen „die“ Entscheidungsschlacht des Zweiten Weltkrieges.

Eine Betrachtung der Geschichtsschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg über die Invasion von 1944 zeigt, dass beide Denkstile weiterhin ihre Geltung behielten. Der Primat

der ökonomischen Potentiale war nun als Erklärung für den Ausgang des Zweiten Weltkrieges im ganzen weitgehend unbestritten, dafür konnte man aber unter Anerkennung dieser Tatsache auch weiterhin klassische Kriegsgeschichte treiben, indem man nun statt nach den „kriegsentscheidenden“ nach den „schlachtentscheidenden“ Faktoren fragte. Die Bandbreite reichte hier dann von der alliierten Luftüberlegenheit über die gelungenen alliierten Täuschungsmanöver bis hin zu revisionistischen Thesen vom „Verrat“ verantwortlicher Entscheidungsträger. Kontroversen um militärische Führungsfehler und falsche Strategien wurden gleichfalls mit aller Härte geführt.

Bemerkenswerterweise wurden Aspekte der Invasion später auch zu einem beliebten Ausgangspunkt für „alternative Geschichten“ und „Kriegsspiele“. Hier ließ sich in aller Deutlichkeit die alte Frage nach dem „Was-wäre-gewesen-wenn“ stellen, die derzeit auch im Kreise der Historiker als heuristisches Prinzip wieder neue Anerkennung findet.

Mit Ende des Kalten Krieges kehrte die Geschichte wieder. Der Golfkrieg des Jahres 1990/91 wurde, was die moralische Unterfütterung des Unternehmens anging, mit der Rhetorik des Zweiten Weltkrieges und insbesondere mit jener der Invasion geführt. Der endgültige ökonomische Zusammenbruch der Sowjetunion und ihre darauf folgende Auflösung konnte als Bestätigung für den Primat des ökonomischen Faktors nicht nur im „heißen“, sondern auch im „Kalten Krieg“ gelten. Die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Invasion 1994 mag man so nicht allein als ein Gedenken an die Schlacht des Zweiten Weltkrieges interpretieren, sondern auch als eine Siegesfeier über die beiden großen totalitären Regime und Weltanschauungen des 20. Jahrhunderts, die die Geschichte dieser Zeit über weite Strecken hin zu einer Kriegs- und Militärgeschichte gemacht haben.

Die Studie gliedert sich in drei Teile. Zunächst werden die allgemeinen Faktoren analysiert, wie sie zur Erklärung von Kriegsentscheidungen herangezogen wurden. Danach werden die unterschiedlichen schlachtentscheidenden Faktoren, die in der historischen Literatur hinsichtlich der Invasion genannt werden, eingehend diskutiert. Im dritten Teil „Nachspiele“ geht es um die Rezeption und Verwertung des historischen Ereignisses „Invasion“ für die verschiedensten Zwecke, seien sie pädagogischer oder militärischer Natur. Ein bibliographischer Essay, der die verschiedenen Phasen der deutschen und angelsächsischen Invasionsgeschichtsschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg darstellt, ergänzt die Abhandlung. Die Dissertation wurde von Prof. Dr. Johannes H. Voigt an der Universität Stuttgart betreut und im Mai 2000 eingereicht. Das Zweitgutachten erstellte Prof. Dr. Jürgen Rohwer. Ihre Veröffentlichung befindet sich in Vorbereitung.

Dr. des. Winfried Mönch, M.A., Schurwaldstraße 76, D-70186 Stuttgart, Tel. ++49-(0)711-485261

Kriegsgefangenenzeitschriften des Ersten Weltkriegs (Habilitation)

von Rainer Pöppinghege

Der Blick „von oben“ ist in letzter Zeit in der militärhistorischen Forschung durch den „von unten“ aus der Sicht der Soldaten ergänzt worden. Hier zog man konsequenterweise andere Quellenarten heran, um Antworten im Sinne mentalitäts- oder sozialgeschichtlicher Fragen zu erhalten. Was bei den Frontsoldaten durch Tagebücher oder Feldpostbriefe einen fast unüberschaubaren Fundus ergibt, ist für die Kriegsgefangenen bei weitem nicht so gut erschlossen bzw. vorhanden. Von großem mentalitäts- und sozialgeschichtlichen Interesse – vor allem für die Zeit des Ersten Weltkriegs – ist in diesem Zusammenhang eine publizistische Gattung, die zwar nicht

völlig unbekannt, in den vergangenen Jahrzehnten aber vernachlässigt worden ist: die sogenannten Kriegsgefangenenzeitungen, die wegen ihrer Erscheinungsweise und Aufmachung besser als Zeitschriften bezeichnet werden.

Die Gattung der Kriegsgefangenen- oder Lagerzeitschriften ist ein einzigartiges Medium – nicht nur hinsichtlich ihrer Entstehungsgeschichte, sondern auch aufgrund funktioneller Aspekte. Denn die Zeitungen dienten nur mittelbar der Informationsverbreitung. Mindestens ebenso wichtig war es für die Lagerinsassen, gegenüber der Heimat und der Front eine sinnvolle Tätigkeit nachzuweisen. Auf der persönlichen Ebene spielte die nicht unerhebliche Tatsache eine Rolle, dass geistig arbeitende Kriegsgefangene in der Regel nicht zu schwerer körperlicher Tätigkeit herangezogen wurden und der Redakteur einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen konnte.

Die erste größere Anzahl von Kriegsgefangenen- bzw. Lagerzeitungen entstand in den Jahren 1914/15. Sie waren Ausdruck institutionalisierter Kommunikationswege innerhalb der Lagerorganisation. Denn die anfänglichen Lager-Provisorien waren schnell zu regelrechten Städten mit Straßen, Plätzen, eigener Bank, Versicherung, Währung und vor allem mehr oder minder fest gefügten sozialen Gruppenbezügen geworden. Dies gilt im Prinzip für alle Stammlager, von denen es in den kriegführenden Staaten mehrere Hundert gab. Insgesamt handelt es sich bei den herangezogenen Zeitschriften um über 100 Titel vorwiegend in französischer, englischer, russischer und flämischer Sprache, die in den verschiedenen Lagern in Deutschland zwischen 1914 und 1918 erschienen. Ein Teil davon befindet sich im

Bundesarchiv Militärarchiv in Freiburg und in der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz. Eine ähnliche Zahl konnte für die Zeitschriften der deutschen Gefangenen in aller Welt ermittelt werden, was Möglichkeiten des internationalen Vergleichs eröffnet.

Insbesondere zur subjektiven (Selbst-)Wahrnehmung der Kriegsgefangenen geben die Lagerzeitschriften wertvolle Aufschlüsse. Doch auch die interne Organisationsstruktur des Lagerlebens lässt sich oft nur über diese Quellenart fassen. Insgesamt kann durch deren Nutzung die Forschungsperspektive „von unten“ ergänzt werden. Die Untersuchung bezieht sich auf verschiedene medien- und mentalitätsgeschichtliche sowie sozialpsychologische Aspekte. Beispielsweise wird die Frage gestellt, ob sich die einzelnen Titel in den verschiedenen Ländern hinsichtlich des Grades politischer Äußerungen oder auch Zensureinflüssen unterscheiden. Mit Hilfe einer Inhaltsanalyse sollen die Artikel selbst näher beleuchtet werden: Welche sozialgeschichtlichen Erkenntnisse erhält man über das Lagerleben? In den meisten Lagerzeitschriften geht es vorwiegend um gemeinschaftsfördernde Innenansichten, die tatsächlich neue sozialhistorische Erkenntnisse über die enge Verzahnung von Alltag und Freizeit – wenn man in diesen Kategorien überhaupt sprechen kann – bringen. Ergänzt wird die Untersuchung durch die Heranziehung einschlägiger Akten der jeweiligen Kommandobehörden, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen der Zeitschriften zu klären.

Von mentalitätsgeschichtlichem Interesse können folgende Fragen sein: Sind über die Dauer des Erscheinungszeitraumes Entwicklungen in der Einstellung der Gefangenen erkennbar? Wie schlug sich beispielsweise die ungewisse Aufenthalts-

dauer oder die Jahreszeit auf die Stimmung nieder? Kurzum: (Wie) unterschieden sich die Publikationen des Jahres 1914 von denen des Jahres 1918? Von mediengeschichtlichem Interesse ist schließlich, welche Bilder von Realität die Zeitschriften transportierten. Wer sich fast ausschließlich innerhalb des Lagerzauns bewegte, könnte sich seine eigene Realität „konstruiert“ haben.

Für die künftige Forschung könnten sich weitere Perspektiven anschließen: Wie wirkte sich die Gefangenschaft auf die politische Einstellung in der Nachkriegszeit aus? Welche geschlechtsspezifischen Implikationen kamen der Zeit zu, die die Gefangenen über Jahre in einer reinen Männergesellschaft verbrachten? Schließlich bietet sich ein vergleichender Ausblick auf ähnliche Printmedien des Zweiten Weltkriegs an, um die spezifische Ausprägung des Massenkriegs näher einzugrenzen.

Dr. Rainer Pöppinghege, Universität Paderborn, FB 1,
Warburger Straße 100, D-33098 Paderborn, E-Mail:
apoep1@hrz.uni-paderborn.de

Historische Orte, Institutionen und Forschungsbereiche

Das Deutsche Marinemuseum in Wilhelmshaven

von Eberhard Kliem

Seit ihrer Gründung Mitte des 19. Jahrhunderts ist die Entwicklung und die Geschichte der Stadt Wilhelmshaven in guten wie in schlechten Zeiten mit der Geschichte der deutschen Marine verbunden. Fast immer war die Stadt Heimathafen großer Teile der deutschen Flotte und Standort wichtiger Marinebehörden. So war es nur folgerichtig, dass etwa Mitte der 1980er Jahre die Stadtverwaltung die Idee entwickelte, die Geschichte der

Marine in einem Museum darzustellen. Ein Förderverein Deutsches Marinemuseum sollte die Idee weitervermitteln, aber auch Geld, Exponate und Ausstellungsstücke beschaffen. Insgesamt stellte sich das Vorhaben schwieriger als gedacht dar, zumal auch die Stadt ihre Mitarbeit einstellte. Die Realisierung wurde daher vom Förderverein als alleinigem Träger übernommen und mit der Eröffnung des Deutschen Marinemuseums (DMM) am 24. April 1998 in die Tat umgesetzt. Der privatwirtschaftliche Betrieb hat sich seither als ein erfolgreiches Konzept erwiesen, da seit der Eröffnung mittlerweile über 500.000 Besucher gezählt wurden. Damit liegt das DMM in der Spitzengruppe vergleichbarer Museen. Ein jährlicher Etat von ca. zwei Millionen DM und ein Mitarbeiterstab von 45 Angestellten, von denen allerdings nur sechs Vollzeitkräfte sind, garantieren einen durchgehenden Betrieb.

Die ständige Ausstellung steht unter dem Motto „Menschen – Zeiten – Schiffe“. Ein Gang durch das Museum ist nicht chronologisch gegliedert, sondern folgt Schwerpunkten. Diese sind so ausgewählt, dass sie jeweils in sich eine gewisse Chronologie aufweisen. Erweiterung der ständigen Ausstellung, Sonderausstellungen und Vortragsreihen sollen das DMM im öffentlichen Interesse halten und seine Weiterentwicklung sicherstellen. Die Ausstellung „150 Jahre Deutsche Marinegeschichte“ beginnt mit dem Prinzen Adalbert von Preußen und Admiral Brommy. Bekanntlich war der Prinz der Vorsitzende der Marinekommission des Paulskirchen-Parlamentes und als solcher der Vordenker der ersten deutschen Marine. Admiral Brommy hatte dann die Aufgabe, die Marine tatsächlich mit Schiffen, Menschen, Ausbildung und Motivation zu versehen. Es bietet sich an, im Erdgeschoss in der Abteilung „Admirale und ihre Pläne“ zu bleiben und sich ein Bild zu machen, wie die jeweils politischen Verantwortlichen die Marineführung mit der Gestaltung einer deutschen Seemacht beauftragt haben.

Dabei spielen natürlich u. a. die Admirale Tirpitz und Raeder eine Rolle. Aus unserer jüngeren Vergangenheit werden die Admirale Ruge für die Bundesmarine und die Admirale Neukirchen und Verner für die Volksmarine vorgestellt.

Im großen Saal ergibt die Darstellung des Kriegsschiffbaues für den Bereich der Schlachtschiffe, Torpedoboote und Zerstörer einen Überblick über die Technik im Seekrieg seit 1870. Dazu gehört ebenfalls ein Blick auf Artillerie und Torpedo sowie die Themen Navigation, Kommunikation und Ortung. Granaten, ein echter Torpedo, Radargeräte, Signalbücher und die berühmte Standardschlüsselmaschine „Enigma M4“ machen diesen Bereich lebendig. Es folgt ein Durchgang durch die verschiedenen Perioden der Marinegeschichte, beginnend mit der Marine des Norddeutschen Bundes. Aus den jeweiligen Epochen werden die dazugehörige Flagge, ein Schiffsmodell, Uniformen und Dokumente gezeigt. Hier hat auch die Volksmarine der NVA ihren Platz. Im Obergeschoss werden mit den Schwerpunktthemen „Marine im Auslandsdienst“ und „Ende der Weltkriege 1918 und 1945“ interessante Aspekte geboten. Im Bereich der „Zwei deutsche Marinen“ werden Volksmarine und Bundesmarine gegenübergestellt.

Im Außengelände können die aus dem Bestand der Bundesmarine übernommenen Boote U – 10 und Minenjagdboot „Weilheim“ besichtigt werden. Ein Rundgang durch beide Boote bietet ein hervorragendes Bild der Arbeits- und Lebensbedingungen der Marinesoldaten an Bord. Ein Marineflugzeug Typ „Starfighter“ und ein Klein-U-Boot Typ „Seehund“, Torpedos, Geschütze und Minen vervollständigen die Ausstellung.

Deutsches Marinemuseum, Südstrand 125, D-26382 Wilhelmshaven, Tel.: ++49-(0)44 214 10 61, Fax: ++49-(0)44 214 10 63, E-Mail Marine-Museum-Wilhelmshaven@t-online.de

Öffnungszeiten: 10.00–19.00 Uhr (1. April bis 30. September), 10.00–17.00 Uhr (1. Oktober bis 31. März); marinehistorische Hafenrundfahrten täglich vom 1. April bis 30. September, Führungen auf Anfrage.

Deutsche Dienststelle (WASt)

von Peter Gerhardt

Die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht ist die Nachfolgeeinrichtung der ehemaligen Wehrmachtauskunftsstelle (WASt) für Kriegsverluste und Kriegsgefangene, die am 26. August 1939 gemäß Artikel 77 der Genfer Konvention von 1929 eingerichtet wurde und als eine Abteilung dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) direkt unterstellt war.

Nach einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin vom 9. Januar 1951 wird die WASt als Behörde des Landes Berlin geführt. Sie gehört zur Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und ist aufsichtsmäßig dem Präsidenten des Landesamtes für Zentrale Soziale Aufgaben unterstellt.

Die DD (WASt) verfügt u. a. über folgende Bestände: Personalunterlagen, Karteien und Sammelunterlagen über Angehörige des Heeres, der Luftwaffe und der Marine (1. und 2. Weltkrieg) sowie über westalliierte Kriegsgefangenenunterlagen, Truppenverlust- und Lazarettmeldungen, Gräberlisten, Versorgungsakten, Wehrstambücher und Stalag-Karteien.

Sie ist zuständig für Auskünfte und Bescheinigungen über Kriegssterbefallanzeigen, Todeserklärungsverfahren und Klärung von Vermisstenschicksalen, Entschlüsselung von Erkennungsmarken und Feldpostnummern, Kriegsgräber (amtlicher Gräbernachweis), Nachlässe, Dienstzeitbescheinigungen für Sozialversicherungsträger, Kriegsgefangenschaft, Kriegsopferversorgung, Orden und Ehrenzeichen, Reichsar-

beitsdienst, Strafsachen, Staatsangehörigkeit und vieles mehr.

Aufgrund des Datenschutzgesetzes erteilt die Deutsche Dienststelle (WASt) Auskünfte nur an Betroffene selbst, deren Angehörige und Rechtsnachfolger; Drittpersonen müssen eine Vollmacht vorlegen (Ausnahme: Sozialversicherungsträger, Behörden).

Postanschrift: Postfach 51 06 57, D-13400 Berlin, Sitz: Eichborndamm 179, D-13403 Berlin (Reinickendorf), Tel. ++49-(0)30-419-040; Fax ++49-(0)30-419-04-100/-155, E-Mail wast@com-de.com, Website www.com-de.com/wast

Das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau

von Julia Zimmermann

Torgau ist im Bewusstsein vieler Menschen der historische Ort, der die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland durch die Begegnung sowjetischer und amerikanischer Truppen an der Elbe am 25. April 1945 symbolisiert. Weitgehend unbekannt blieb jedoch bis zum Ende der DDR die Geschichte der Torgauer Haftstätten und der dazugehörigen Strafverfolgungsinstitutionen während des „Dritten Reichs“, der sowjetischen Besatzungszeit und der DDR.

Mit den beiden Militärgefängnissen Fort Zinna und Brückenkopf und dem Reichskriegsgericht, das im August 1943 von Berlin nach Torgau verlegt wurde, entwickelte sich Torgau während des Zweiten Weltkriegs zur Zentrale des Wehrmachtstrafsystems. Nach dem Ende des Krieges richtete die sowjetische Geheimpolizei NKWD im Fort Zinna und in der benachbarten Seydlitz-Kaserne die Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 ein, in denen Deutsche, aber auch sowjetische Staatsbürger interniert oder als SMT-Verurteilte gefangengehalten wurden. Die DDR-Volkspolizei nutzte das Gefängnis Fort Zinna von 1950 bis 1990 für den

Strafvollzug, in den 1950er Jahren saßen insbesondere politische Gefangene hier ein.

Die Arbeitsschwerpunkte des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Torgau, das 1991 gegründet wurde, sind vor allem die Torgauer Haftstätten in den verschiedenen Verfolgungsperioden des 20. Jahrhunderts. Das DIZ entstand aus einer gemeinsamen Initiative von Westberliner Zeithistorikern und Torgauer Bürgern, von denen einige bereits vor 1989 versucht hatten, die tabuisierte Haftstättengeschichte zu erforschen. Heute arbeitet das DIZ unter dem Dach der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft und wird als Gedenkstätte von gesamtstaatlicher Bedeutung vom Bund und vom Freistaat Sachsen gefördert. Im Unterschied zu anderen Gedenkstätten sind in Torgau der Ort des Erinnerns und Gedenkens und der Ort der Dokumentation nicht identisch, denn der zentrale Haftort Fort Zinna wird auch heute als Justizvollzugsanstalt genutzt. Während in einem Bereich vor dem Fort der Opfer der verschiedenen Verfolgungsperioden gedacht werden kann, wird die ständige Ausstellung des DIZ Torgau „Spuren des Unrechts“, die über die Geschichte der Haftstätten informiert, im Flaschenturm von Schloss Hartenfels gezeigt.

Die Ausstellung ist im Aufbau befindlich und gliedert sich in vier chronologische Abschnitte, die als Teilausstellungen jeweils eine Etage des Flaschenturms einnehmen. Damit ist eine klare räumliche Trennung in der Darstellung der verschiedenen Verfolgungsperioden gegeben. Die Ausstellung beginnt mit dem 1998 eröffneten Teilabschnitt „Torgau im Hinterland des Zweiten Weltkriegs – Militärjustiz, Wehrmachtgefängnisse, Reichskriegsgericht“, der die zentrale Rolle Torgaus in den Jahren 1936 bis 1945 als Zentrale des Wehrmachtstrafsystems dokumentiert. Der folgende Ausstellungsabschnitt „Torgau – ein Kriegsende in Europa“, der vor dem Hintergrund

der historischen Begegnung an der Elbe am 25. April 1945 die Zeit des Übergangs vom Krieg in die Besatzungszeit thematisiert, wird zur Zeit überarbeitet. Der dritte Teilabschnitt wurde 1996 unter dem Titel „Feindliche Elemente sind in Gewahrsam zu halten‘ – Die Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 in Torgau 1945–1948“ eröffnet. Er informiert über die Einrichtung, die Funktion, die Gefangenen und den Betrieb der beiden Speziallager der sowjetischen Geheimpolizei, die sich zwischen 1945 und 1948 in Torgau befanden. Ein vierter Abschnitt über die Geschichte des politischen Strafvollzugs im DDR–Gefängnis Fort Zinna wird unter dem Titel „Eine Schule der Repression“ die Ausstellung beschließen. Die Ausstellung ist dienstags bis sonntags 10.00–12.00 und 14.00–17.00 Uhr geöffnet (im Winter nach Anmeldung). Führungen durch die Ausstellung sind für Gruppen kostenlos und sollten ca. 2 Wochen im Voraus angemeldet werden.

Literatur:

Eberlein, Michael/Haase,
Norbert/Oleschinski, Wolfgang, Torgau im
Hinterland des Zweiten Weltkriegs.
Militärjustiz, Wehrmachtgefängnisse,
Reichskriegsgericht, Leipzig 1999.
Oleschinski, Brigitte/Pampel, Bert,
„Feindliche Elemente sind in Gewahrsam zu
halten“. Die sowjetischen Speziallager Nr. 8
und Nr. 10 in Torgau 1945–1948, Leipzig
1997.

Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau,
Rosa-Luxemburg-Platz 16, D-04860 Torgau, Tel./Fax:
++49-(0)34 21-71 34 68, E-Mail diz.info@diz-torgau.de,
Website www.diz-torgau.de

Unendliche Welten

Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des 2. Weltkriegs. MDR 2000

von Susanne Brandt

Die im Herbst 2000 ausgestrahlte dreiteilige Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen vermittelt dem Zuschauer eine Fülle von Informationen über die Lage der Kriegsgefangenen im Osten und Westen und schildert ausführlich die Lage der Heimkehrer bis in die Mitte der 50er Jahre.

Für die historische Beratung der gesamten Serie – die drei Folgen haben jeweils andere Autoren – zeichnet Rüdiger Overmans verantwortlich. Leider haben ihm die Autoren der Dokumentation nicht dieselbe Präsenz wie ihren Zeitzeugen zugebilligt. Während allein von der Dauer der Zeitzeugeninterviews – auch in Relation zu dem Dokumentarfilmmaterial – deutlich wird, welchen Rang die Autoren den Erinnerungen und Erlebnissen der ehemaligen Kriegsgefangenen beimessen, kommt der Historiker nicht selbst zu Wort. In keiner Sequenz legt er die Forschungsergebnisse dar und kontrastiert sie mit der Erinnerung. So kann der Eindruck entstehen, als sei die Erinnerung deckungsgleich mit den neuesten Forschungsergebnissen. Außerdem liegt der Schwerpunkt so eindeutig auf den Erlebnissen, allgemeinere Analysen und Thesen treten in den Hintergrund.

Dabei ist die Serie sehr informativ und ausgewogen. In der ersten Folge über die Ostfront wird ausführlich die Situation der sowjetischen Gefangenen dargestellt, um zu erklären, inwieweit die spätere Behandlung der Deutschen aus der Kriegserfahrung der Sowjetbürger resultiert. Im Vergleich wird auch hervorgehoben, dass es den sowjetischen Zivilisten und Soldaten in bezug auf die Ernährungslage und die Arbeitsanforderung nur unwesentlich besser ging als den

deutschen Gefangenen. Unumwunden wird der Ostfeldzug als geplanter Vernichtungskrieg bezeichnet und anders als in den zwei weiteren Folgen kommen auch ehemalige sowjetische Kriegsgefangene zu Wort, um zu verdeutlichen, wie die Deutschen ihre Kriegsgefangenen behandelt haben.

Wie vielschichtig und komplex das Thema ist, wird in allen drei Folgen deutlich: Nicht nur die unterschiedliche Situation von Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und ehemaligen Angehörigen des Afrika-Korps, die sich in den USA in einem „Luxus“-Lager befanden, ist frappierend. Auch der Wandel in der Behandlung der Gefangenen, nachdem die amerikanischen Soldaten Bilder aus den befreiten Konzentrationslagern sahen, ist wichtig, zeigen solche Szenen doch, wie sehr auch das Thema Kriegsgefangene politischem Wandel und Druck der Öffentlichkeit unterworfen war.

Gut gelöst ist auch das Problem des fehlenden Bildmaterials. In den beiden ersten Folgen werden Geschichten, die Zeitzeugen erzählen, nachgestellt. Doch anders als in den Dokumentationen z. B. von Guido Knopp sind die Sequenzen unscharf, langsam und fragmentiert, so dass der Zuschauer erkennt, dass hier individuelle Erinnerungen visualisiert werden, nicht jedoch der Anspruch erhoben wird, Realität darzustellen.

Gern hätte man als Zuschauer genauere Informationen über die Zeitzeugen bekommen, d.h. welche Funktion sie im Krieg hatten, wo sie eingesetzt waren etc. Auch Angaben über die Auswahl der Zeugen wären interessant gewesen. Zumindest wird am Schluss der dritten Folge, die sich der Heimkehr widmet, gesagt, wie das Leben der Zeitzeugen bis heute verlief.

Gerade in diesem Bogen von damals zur Gegenwart blitzen an manchen Stellen die Brüche in der Erinnerung auf: So betont einer der ehemaligen Gefangenen, dass er erst vor kurzem über die Zeit in Gefangenschaft gesprochen habe, früher habe er sich für Vieles geschämt und folglich

geschwiegen. Anpassen und schweigen, so eine der Thesen des Films, kennzeichnet die Erwartung der Heimat an die Heimkehrer und ihr Verhalten sowohl in der BRD als auch in der DDR.

Der dritte Teil widmet sich nicht nur der Rückkehr der Soldaten, sondern thematisiert auch, wie die Gefangenen im Kalten Krieg zum Spielball und Argument der Politik wurden. Die zwischen 1950 und 1955 von der CDU organisierten Fackelmärsche für die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion sind ebenso eindrucksvolle Bilder zur Instrumentalisierung der Gefangenen wie Szenen von nächtlich abgeriegelten Bahnhöfen in der DDR. Die SED versuchte gegenüber der Öffentlichkeit zu verschweigen, dass die letzten Gefangenen erst zehn Jahre nach Kriegsende heimkehrten. Und das auch noch als Ergebnis von Verhandlungen Adenauers mit Chruschtschow.

In insgesamt 135 Minuten erfährt der Zuschauer viel über das Thema Kriegsgefangenschaft und gewinnt vor allem einen Eindruck von der Vielschichtigkeit des Themas. Eberhard Jäckel hat vor einigen Jahren gesagt, dass er auch deshalb als Historiker für das Fernsehen beratend tätig sei, weil er so möglicherweise einen Teil der Zuschauer anregen könne, sich mit aktueller Forschungsliteratur weiter zu informieren. Wer das möchte, kann den Begleitband erwerben, er kann aber auch den von Rüdiger Overmans herausgegebenen Sammelband zur Hand nehmen, der das Ergebnis der ersten Tagung des AKM ist. (In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg, Köln 1999).

Dr. Susanne Brandt, Historisches Seminar II der Universität Düsseldorf, Universitätsstr. 1, D-40225 Düsseldorf, Tel. ++49-(0)211-811-4084, E-Mail s.brandt@akmilitaergeschichte.de

Tagungsberichte

24. Jahrestagung der German Studies Association (5.–8.10.2000, Houston, Texas)

von Rüdiger Overmans

Welche Tagung bietet mit ca. 150 Panels etwa dreimal so viele Sektionen an wie der Historikertag? Die Jahrestagung der German Studies Association! Eine solch vielfältige Veranstaltung inhaltlich zu beschreiben, ist an dieser Stelle nicht leistbar. Im folgenden soll daher nur versucht werden, einen Eindruck von Kontext, Umfang und Atmosphäre dieser Tagung geben. Für Einzelheiten zu einzelnen Panels, insbesondere zu den Referenten und Themen, sei auf die Website der GSA (<http://www.g-s-a.org>) verwiesen.

Zunächst zum Kontext: Die GSA versteht sich als Forum für alle Wissenschaftler, die sich mit dem deutschen Sprachraum beschäftigen; die Mitgliedschaft besteht aus ca. 50 Institutionen – vorwiegend Universitäten, aber auch dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt – und rund 1.500 Wissenschaftlern. Je etwa zur Hälfte handelt es sich um Germanisten und Historiker, hinzu kommen wenige Politologen. Ca. 80 % von ihnen leben in den USA, die anderen in Europa. Die nationale Zusammensetzung dürfte ausgeglichener sein aufgrund der zahlreichen Deutschen, die in den USA arbeiten. Die Mehrzahl der europäischen Mitglieder stammt zwar aus der Bundesrepublik, das österreichische Element ist jedoch auch deutlich vertreten, während Schweizer Teilnehmer und Themen weitgehend fehlen.

Die Jahreskonferenz findet immer Anfang Oktober in einem Hotelkomplex statt. Angesichts der großen Teilnehmerzahlen – ca. 650 Personen – und notwendiger Grundvoraussetzungen (niedrige Hotelkosten, gute Anbindung mit dem Flugzeug)

kommen nur bestimmte Hotelkomplexe am Rande amerikanischer Großstädte für diese Tagung in Betracht. Atmosphärisch bietet diese Organisationsform den Vorteil kurzer Wege und einer „dichten“ Tagungsatmosphäre, gleichzeitig ergibt sich daraus aber auch der Nachteil, dass Unternehmungen außerhalb der Tagung nur schwer möglich sind.

Anders als Veranstaltungen, die auf ein Thema hin organisiert werden, bietet die GSA-Tagung einen bunten Blumenstrauß an. Präsentiert werden die Panels, die vorgeschlagen und vom Auswahlkomitee für gut befunden wurden, wobei seitens der Organisatoren thematische Breite angestrebt wird. Um ein Paper zu präsentieren, ist es notwendig, GSA-Mitglied zu sein. Der Jahresbeitrag beträgt \$ 60, worin allerdings die Kosten für den Bezug des GSA Reviews bereits enthalten sind. Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch gleichermaßen.

Die diesjährige Tagung – nach Umfang und Teilnehmerzahl eine „typische“ Veranstaltung – umfasste 8 Sitzungen zu je ca. zwei Stunden sowie einige weitere Vorträge und Empfänge. Bei insgesamt 150 Panels fanden damit durchschnittlich jeweils ca. 20 parallel statt. Neben Diskussionsrunden, insbesondere zu aktuellen Themen, bestanden die meisten Panels aus einem Moderator, drei Referenten und einem Kommentar. Da die Redezeit strikt auf 20 Minuten begrenzt ist, blieb in der Regel ausreichend Zeit für Nachfragen und Diskussionen.

Durchschnittlich nahmen etwa 20 bis 30 Zuhörer teil – bei großen Unterschieden im Einzelnen; viele Teilnehmer waren Referenten in anderen Panels. Insgesamt handelte es sich in der Regel um ein kleines, aber wohlinformiertes Publikum.

Die Themen der Tagung auch nur annähernd umfassend zu beschreiben, ist wie gesagt nicht möglich. Im wesentlichen ist zu unterscheiden zwischen germanistischen

und geschichtswissenschaftlichen Panels, zu „Grenzüberschreitungen“ kam es selten. Der Schwerpunkt der geschichtswissenschaftlichen Veranstaltungen lag im 20. Jahrhundert und hier bei den Themen „Holocaust“ und „Zweiter Weltkrieg“. Deutlich wird dies an den Veranstaltungen mit einem engen militärgeschichtlichen Bezug:

Military Service in Post-World War II Germany: Seedbed of Scholarship

Sektion 1, 1945–1970:

Moderator: Robert Whealey

Referenten: Edward N. Peterson, Gary Shellman, Donald B. Saunders, Commentator: Jonathan Steinberg

Sektion 2, 1970–1990:

Moderator: Douglas C. Peifer

Referenten: Dewey A. Browder, Robert S. Rush, Anni Baker, Commentator: Wendell R. Mauter

Keep Them Apart? Treatment of German and "Austrian" POWs in American and Soviet Camps during and after World War II

Moderator: Günter Bischof

Referenten: Robert D. Billinger, Rüdiger Overmans, Rafael Zagovec, Commentator: Arnold Krammer

Occupation and Military Justice: A Comparative Perspective on German and American Military Policies in Two World Wars

Moderator: Robert Gellately

Referenten: Vejas G. Liulevicius, Steven Welch, John C. Foot, Commentator: Gerhard Weinberg

Zwangsarbeit: Forced Labor in Austria's Past and Present

Moderator: Gerhard M. Weiss

Referenten: Nicole Slupetzky, Margit Reiter, Helga Embacher, Commentator: Donald L. Niewyk

Displaced Persons in Postwar Germany: Agency, Community, and Self-representation

Moderator: Omer Bartov

Referenten: Jeremy Varon, Bella Brodzki, Anna Holian, Commentator: Atina Grossmann

Early Modern Discourses on War and Peace

Moderator: Gerald L. Soliday

Referenten: Karin J. MacHardy, Lee W. Eysturid, Thomas Auxter, Commentator: Gerald L. Soliday

The Crimes of the Wehrmacht

Moderator: Geoffrey Megargee

Referenten: Jürgen Förster, Gerhard Hirschfeld, Omer Bartov, Commentator: Ronald Smelser

Unity, Disunity, and the Public Body in Germany during World War I

Moderator: David Caldwell

Referenten: Andrew Evans, Marline Otte, Andrew Donson, Commentator: Belinda Davis.

Einen weiteren Themenschwerpunkt bildete die deutsche Nachkriegsgeschichte, insbesondere unter wirtschaftsgeschichtlichen Aspekten, bis hin zu aktuellen politischen Fragen, wie den EU-Sanktionen gegen Österreich. Auf besonders großes Interesse treffen generell Veranstaltungen mit aktuellem Bezug. So war die Sektion „Crimes of the Wehrmacht“, in deren Mittelpunkt die Wehrmachtausstellung stand, mit ca. 100 Teilnehmern ein echter „Straßenfeier“. Da zwei der Referenten der Überprüfungscommission angehörten, erhofften sich die Zuhörer Neues. Auch wenn erste Bewertungen bereits deutlich wurden, verwiesen die Referenten dennoch auf den Abschlußbericht, der inzwischen veröffentlicht worden ist (vgl. die Presserklärung der Kommission in newsletter nr 13, S. 23–25). Die nächste Jahreskonferenz der GSA findet vom 4.–7.10.2001 in Washington statt. Näheres ist der Website (<http://www.g-s-a.org>) zu entnehmen.

Dr. Rüdiger Overmans, Brunnmatten 8, D-79108 Freiburg, Tel. ++49-(0)7665-40254, E-Mail schatzm@akmilitaergeschichte.de

Praktika

Praktika für Studierende am MGFA Potsdam im Jahr 2001

Am Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Potsdam sind 2001 noch einige Praktikantenplätze zu vergeben. Studierende der Geschichtswissenschaften oder benachbarter Fächer (gerne Berlin/Brandenburg, auch studienbegleitend) sind uns herzlich willkommen und können Erfahrungen in Projekten der Grundlagenforschung, in den Bereichen Didaktik, Museums- oder Ausstellungswesen sowie in der Bibliothek und der Schriftleitung sammeln.

Über Aufgaben, Gliederung und aktuelle Forschungsprojekte des MGFA informiert unsere Website unter www.mgfa.de.

Interessierte Studentinnen und Studenten bitte ich um eine kurze Bewerbung mit Lebenslauf an meine E-Mail-Adresse. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Den Kolleginnen und Kollegen an Unis und Forschungseinrichtungen wäre ich dankbar, wenn Sie in Ihren Lehrveranstaltungen auf dieses Angebot hinwiesen.

Mitgeteilt von Dr. Bernhard Chiari, MGFA Potsdam, Zeppelinstr. 127/128, D-14471 Potsdam, E-Mail BernhardChiari@bwb.org.

Veranstaltungshinweise

Jahrestagung des Deutschen Komitees für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges (29./30. Juni 2001 in Dresden)

Das Deutsche Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges weist auf seine nächste Jahrestagung hin, die am 29. und 30. Juni 2001 im Militärgeschichtlichen Museum Dresden stattfinden wird. Im

Mittelpunkt des traditionell informellen Werkstattgesprächs steht Ostmitteleuropa (Baltikum, Weißrussland, Ukraine, Polen) und hier insbesondere die Frage, wie das nationalsozialistische bzw. stalinistische Regime auf die für diesen Raum charakteristischen Formen des Partisanen- und Kleinkrieges reagierten.

Nähere Informationen über PD Dr. Rolf-Dieter Müller, MGFA Potsdam (Zeppelinstr. 127/128, D-14471 Potsdam), E-Mail: RolfDieterMueller@bwb.org

Die besetzte *res publica*. Zum Verhältnis von ziviler Obrigkeit und militärischer Herrschaft in besetzten Gebieten vom Spätmittelalter bis zum 18. Jahrhundert (19.–21. Sept. 2001 in Halle)

4. Jahrestagung des AMG an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, I. Z. E. A.

Mit dem Phänomen „militärische Okkupation“ werden heute nahezu ausschließlich die deutsche Besatzungsherrschaft in Nord- und Westeuropa, vor allem aber in Ostmitteleuropa mit ihren zahlreichen, von Wehrmacht, SS und Polizei begangenen Verbrechen sowie die Kollaboration von Teilen der besiegten Nationen verbunden. Dahinter geriet z. B. selbst die deutsche Besatzungsherrschaft in Belgien und Nordfrankreich im Ersten Weltkrieg, die immerhin beinahe vier Jahre andauerte, fast in Vergessenheit. Erst seit kurzem wird sie nun wieder unter dem Aspekt der *Besatzungserfahrung* von der deutschen und französischsprachigen Forschung thematisiert.

Dagegen ist die Tatsache, dass die Geschichte wechselseitiger militärischer Besetzung beispielsweise das deutsch-französische Verhältnis über dreihundert Jahre mitgestaltet hat, weitgehend in Vergessenheit geraten. Erinnerung sei nur an die deutsche Militärherrschaft in der Normandie 1870/71 und vor allem die

napoleonische Herrschaft in Europa 1806–1813, an die Kriege Ludwigs XIV. und die Verwüstung der Pfalz, an die Besetzung des Elsass und Freiburgs Ende des 17. Jahrhunderts, an den Siebenjährigen Krieg 1756–1763 und schließlich die Revolutionskriege am Ausgang des 18. Jahrhunderts, die zunächst das Rheinland unter französische Militärverwaltung brachten.

Muss bereits diese deutsch–französische Besetzungserfahrung ungeachtet einiger vereinzelter Studien zum Siebenjährigen Krieg und zur Napoleonischen Zeit als bestenfalls bruchstückhaft aufgearbeitet gelten, so trifft dies erst recht für die zahlreichen längeren oder kürzeren Militärherrschaften anderer Mächte zu: von Schweden und Spanien im Alten Reich, von Spanien und Frankreich in Italien oder Spaniens, Frankreichs und der Generalstaaten in den südlichen Niederlanden; ebenso die De–Facto–Herrschaft von Heerführern z.B. im Dreißigjährigen Krieg oder während der französischen Religionskriege des 16. Jahrhunderts. Dies gilt schließlich ebenfalls für das ausgehende Mittelalter: Die Eroberung von Städten durch Fürsten (z. B. Mainz 1462, Lüttich 1486) oder andere Städte (Oberitalien im 13./14. Jahrhundert) und die sich daran anschließenden Eingriffe in die Verfassung sowie die Rechte und Freiheiten der Bürger während der militärischen Besetzung bedürfen ebenso weiterer Untersuchung wie die Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England während des Hundertjährigen Krieges.

Die militärische Okkupation der Vormoderne präfiguriert in entscheidender Weise die Besetzungen auch späterer Zeiten – dies gilt sowohl für die völkerrechtliche und administrative Seite, also die eigentliche *Besatzungsherrschaft*, als auch für die *Erfahrungen* mit der Besetzung durch „Fremde“. Deshalb wird im Rahmen der Tagung das Phänomen der militärischen Besetzung vom 14. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts für Westeuropa mit einem vergleichenden Blick in den arabischen Raum untersucht.

In einem ersten Zugriff wird anhand von zeitgenössischen theoretischen Überlegungen gefragt, ob es für die Besetzung von eroberten Städten und Regionen „Spielregeln“ gegeben hat, z. B. Verhaltensnormen für die Truppen und Befehlshaber gegenüber den Besetzten. Wurde das Problem der Besetzung reflektiert oder sind gar theoretische Überlegungen in systematischer Weise angestellt worden?

Zusammen mit der sich anschließenden vergleichenden Analyse der Fallbeispiele wird auf diese Weise eine Phänomenologie der Besatzungsherrschaft angestrebt. Bislang nämlich wird in der Forschung nicht stringent zwischen Besatzungsherrschaft im eigentlichen Sinne, also einer Übernahme obrigkeitlicher Funktionen durch das Militär und eine eventuell nachrückende Zivilverwaltung, und der vorübergehenden oder auch dauerhaften Herrschaftsetablierung fremder Mächte, die auf die militärische Eroberung folgen konnte, unterschieden.

Gemeinsames Vorgehen der Beiträge ist es, möglichst auf die erste Phase einer militärischen Okkupation zu fokussieren, also den Zeitraum, bevor eine Besatzungsherrschaft auf Dauer etabliert wurde. Auf diese Weise lässt sich genauer erkennen, inwieweit Besatzungsherrschaft und Administration bereits intendiert oder vorbereitet waren bzw. sie erst ad hoc aus den konkreten militärischen Notwendigkeiten und dem situativen Kontext entwickelt wurden. Dementsprechend soll nach den Absichten und Zielen der Besatzer gefragt werden, die über die Erpressung von Kontributionen und die Versorgung auf dem Durchmarsch hinausgehen. Welche Mittel zur Aufrechterhaltung des Besatzungszustands waren verfügbar; wie war das Verhältnis von Zwang/Gewalt zu etwaig gegebenen Versprechungen auf ein „besseres Leben“ unter der Besatzung? Welche Funktion und Herrschaftselemente übernahm der Militärkommandant, was blieb in der Hand

der Zivilverwaltung? War Herrschaftsbildung auf Dauer intendiert? Schließlich eröffnet die Untersuchung der Reaktion und des Verhaltens der Besetzten die Perspektive auf die Besetzungserfahrung, welche eine wichtige Ergänzung zu dem derzeit in der Forschung besonders nachhaltig diskutierten Ansatz der „Kriegserfahrung“ darstellt. Dieser Aspekt ist vor allem deshalb interessant, weil die zeitliche Erstreckung der Besetzungsherrschaft von den Einwohnern der Städte, Regionen oder Länder nicht eingeschätzt werden konnte und sie sich auf einen Zustand von unbestimmter Dauer einstellen mussten. Die Frage nach der gegenseitigen Wahrnehmung von Besatzern und Besetzten ist von grundlegender Relevanz, weil sie handlungsleitend war und deshalb in einem erheblichen Maße den Umgang miteinander – zwischen Kooperation und Widerstand – determinierte.

Am Ende der Tagung sollen erste Bausteine bzw. grundlegende Elemente für eine Typologie der Besetzungsherrschaft sichtbar sein.

TAGUNGSPROGRAMM

Mittwoch, 19. September

18.00: Stadtführung

Donnerstag, 20. September

9.00–10.00: Grußwort der Geschäftsführenden Direktorin des I. Z. E. A., Prof. Dr. Monika Neugebauer-Wölk

Grußwort des Vorsitzenden des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, Prof. Dr. Bernhard R. Kroener

Einführung: Dr. Markus Meumann / HD Dr. habil. Jörg Rogge

10.00–10.30: Pause

10.30–12.30: Militärische Besetzung im Politischen Denken

Diskussionsleitung: Prof. Dr. Heinhard Steiger (Gießen)

Dr. Ulrich Meier (Bielefeld): Besetzungsherrschaft im politischen Denken des Mittelalters und der Frühen Neuzeit

Professor Antony Black (Dundee): The relationship between civil and military authorities in the islamic world

Prof. Dr. Jürgen Paul (Halle): Kommentar
12.30–14.00: Mittagessen

14.00–16.00: Militärische Besetzung im Spätmittelalter

Diskussionsleitung: Prof. Dr. Andreas Ranft (Halle)

Dr. Stephan Selzer (Halle): Die Festung in der Stadt. Stadtherrliche Zwingburgen in Deutschland und Italien

Prof. Dr. Martin Kintzinger (München): Der Auftrag der Jungfrau. Das besetzte Frankreich im Hundertjährigen Krieg

HD Dr. habil. Jörg Rogge (Mainz): Kommentar

16.00–16.30: Pause

16.30–18.00: Führung durch die Franckeschen Stiftungen

18.15–19.30 Öffentlicher Abendvortrag (mit Diskussion)

Prof. Dr. Heinhard Steiger (Gießen): Besatzungsrecht im Völkerrecht

Freitag, 21. September

8.30–10.30: 16. Jahrhundert

Diskussionsleitung: N.N.

Paul Baks (Groningen): Friesland unter wettinischer Herrschaft 1498–1515

Professeur Denis Crouzet (Paris): Les stratégies d'occupation de l'espace urbain pendant les guerres de religion

Kommentar: Dr. Ludolf Pelizaeus (Mainz)

10.30–11.00: Pause

11.00–13.00: 17. Jahrhundert

Diskussionsleitung: Prof. Dr. Bernhard R. Kroener (Potsdam)

Dr. Markus Meumann (Halle): Die schwedische Herrschaft in Mitteldeutschland während des Dreißigjährigen Krieges

Dr. Michael Kaiser (Köln): Niederländische Besetzung am Niederrhein

Kommentar: Dr. Norbert Winnige (Göttingen)

13.00–14.30: Mittagessen

14.30–16.45: 18. Jahrhundert
 Diskussionsleitung: Prof. Dr. Monika Neugebauer–Wölk (Halle)
 Dr. Catherine Denys (Lille): L'occupation hollandaise à Lille 1708–1713
 Professeur Lucien Bély (Paris): Les Français en Belgique pendant la guerre de la succession d'Autriche
 Stephan Huck, M.A. (Potsdam): Braunschweiger Truppen als Besatzer in Nordamerika
 Kommentar: PD Dr. Horst Carl (Tübingen)
 16.45–17.00: Pause
 17.00–18.30: Systematisierung und Schlussdiskussion
 Diskussionsleitung: Prof. Dr. Heinz Duchhardt (Mainz)
 Dr. Helmut Stubbe–da Luz (Hamburg): Überlegungen zu einer vergleichenden Okkupationsgeschichte am Beispiel der Napoleonischen Besetzung in Norddeutschland
 Kommentar: PD Dr. Ralf Pröve (Berlin)
 gegen 18.30: Ende der Tagung

Tagungsort ist das Interdisziplinäre Zentrum für die Erforschung der Europäischen Aufklärung an der Martin–Luther–Universität Halle–Wittenberg, Fanckeplatz 1, Haus 54, D–06110 Halle (Saale).

Auskünfte erteilen die Veranstalter; in organisatorischen Fragen wenden sich interessierte Mitglieder bitte an Markus Meumann, am besten per E–Mail (meumann@geschichte.uni-halle.de). Für Ihre Unterkunft in Halle reservieren Sie bitte direkt bei der Zimmervermittlung der Tourist–Information, Marktplatz, D–06108 Halle, Tel.: ++49–(0)345–19433 oder ++49–(0)345–2028371, Fax: ++49–(0)345–50279887. Informationen zu Stadt und Region erhalten Sie ebenfalls dort oder im Internet unter www.halle.de bzw. www.uni-halle.de. Treffpunkt für die Stadtführung am 19. September ist der „Rote Turm“ am Markt.

Mitgeteilt von: Markus Meumann (Halle); Jörg Rogge (Mainz)

European conference in First World War Studies / La Grande Guerre aujourd'hui: Actualité de recherche; Institut d'Etudes Politiques (7.–8. Sept. 2001 in Lyon)

In September 2001, an international conference on the First World War will be held at the Institut d'Etudes Politiques in Lyon. Its aim is to bring together an international group of scholars working in this area who are at the beginning of their careers. It is hoped that the breadth of the themes will enable researchers working on a wide range of topics to come together to discuss their particular research within the context of the extensive historiography of the First World War. To facilitate this the format of the conference will combine the usual opportunity for specific questions after each paper with a more widely ranging discussion of each theme chaired by a leading historian in that field.

The re–kindling of annual commemorations of the First World War in particular, and the upsurge in memorialisation in general, are demonstrative of renewed interest in 1914–18. This renewal is mirrored in the vitality of academic activity in this area. This is illustrated both by the large increase in publications, and by shifts in methodology and areas of study. Indeed, Pierre Nora has suggested that the Great War has undergone the kind of reappraisal applied to the French Revolution a decade ago. Nowhere have these shifts been better illustrated than in the Historial de la Grande Guerre at Peronne in France. It epitomises what could be dubbed the second upheaval of the Great War: the academic upheaval which has meant that isolated study of the military, cultural, social or economic facets of the war is no longer possible.

Amidst such reappraisals, how are the newest scholars responding? This conference aims to bring together an international group of young scholars – postgraduate and postdoctoral – who work

on the Great War in order to assess the influence of these historiographical shifts upon our work, to foster international collaboration and comparative history, to share our preliminary or more polished findings, and to scrutinise our works in progress in a broader context.

This conference, to be held at the Institut d'Etudes Politiques in Lyon on the 7th and 8th September 2001, will address the following themes in four consecutive sessions:

1 Waging war:

To what extent have cultural and military historians truly colonized each other's areas as the epigraph to the Cambridge University Press series „Studies in the social and cultural history of modern warfare“ suggests? Can the social history of war be studied without a thorough engagement with events at the front or vice versa? Does the recent and provocative Niall Ferguson's *Pity of War* point to an original and proper way to combine military, economic, diplomatic, political and cultural history?

2 Communities at war:

From the individual to the state, how did the different levels of social organisation deal with the conflict and its consequences? What kind of solidarities, discrimination & mobilisation processes were at work in 1914–18? What relationship was established between military and civilian needs? Can new light be shed in this way upon the economic and political life of the belligerent societies?

3 The First World War and the intimate:

The „totalizing logic“ of the Great War meant that it pervaded the most intimate spheres of the belligerent societies. How did the conflict impinge on sexual morality and gender relationships, on individuals and families? From shellshock to home front anxieties and mourning process, how were the variegated sufferings faced? How did contemporary medical science and practices cope with the war?

4 Intellectual responses to the war:

What kind of artistic, literary & scholarly responses did the war provoke? Where did the dividing line run through these different responses? What should be deemed as paramount: degree and qualities of participation in the war effort, nationality, or intellectual generation?

Organized by the C.E.R.P, Institut d'Etudes Politiques, Lyon, the Menzies Centre for Australian Studies, King's College, London, with the support of the Historial de la Grande Guerre, Peronne.

CALL FOR PAPERS: *Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft (1.–3. Nov. 2002 in Augsburg)*

Jahrestagung des Arbeitskreises Militärgeschichte e. V. in Verbindung mit der Universität Augsburg

Militärische Besatzung war ein prägendes Element der Kriege und Nachkriegszeiten aller historischen Epochen. Dabei konnte sie als vorübergehende militärische Okkupation im Verlauf von Kriegshandlungen auftreten oder aber die Vorstufe einer dauerhaften politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Neugestaltung darstellen. Großthemen wie Kollaboration und Widerstand oder die Verquickung von Besatzung und wirtschaftlicher Ausbeutung sind seit langem Gegenstand der Forschung vor allem zu den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. In der Regel beschränkten sich diese Studien jedoch auf den jeweiligen historischen Einzelfall.

Ziel der Jahrestagung ist es, Besatzung in ihren militärischen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dimensionen im epochenübergreifenden Vergleich zu untersuchen und sie dadurch als historisches Strukturphänomen schärfer zu fassen.

Die *Referate* dieser Tagung sollen jeweils ein historisches Fallbeispiel vor allem

anhand folgender Fragestellungen präsentieren:

1. Welche Funktionen hatte Besatzung? Wurde sie als unmittelbare Konsequenz von Kriegshandlungen installiert und/oder diente sie längerfristigen Zielen wie der Installation oder Rekonstruktion politischer Herrschaft, sozialen Wandels oder wirtschaftlicher Ausbeutung oder gar dem Genozid?
2. Wie wurde Besatzung militärisch um- und durchgesetzt? Inwieweit stützte sie sich auf Kollaboration? Wie formierte sich Widerstand der Besetzten? Mit welchen Mitteln wurde er bekämpft?
3. Wie war Besatzung völkerrechtlich legitimiert und abgesichert? Wie organisierte das Militär eine ihm so wesensfremde Aufgabe wie die Verwaltung einer Zivilbevölkerung? Welcher Herrschaftsmittel und -symbole bediente es sich?
4. Wie gestaltete sich der Alltag im besetzten Gebiet? Welche Beziehungen entwickelten sich zwischen Besatzern und Besetzten kurz- und längerfristig?

Darüber hinaus sind auch Beiträge denkbar, die einzelne Strukturelemente von Besatzung theoretisch oder epochenübergreifend behandeln.

Die Referate haben eine Länge von höchstens 20 Minuten. Die Konferenzsprache ist Deutsch. Interessenten werden eingeladen, bis spätestens 15. Juni 2001 ein Exposé von 1–2 Seiten und eine Kurzvita einzureichen, möglichst per E-Mail-Attachment. Vorschläge von Nachwuchswissenschaftlern sind besonders willkommen. Die Referenten müssen außerdem bis 1. September 2002 ihr Redemanuskript/Paper einreichen. Übernachtung, Verpflegung sowie die Bahnreisekosten 2. Klasse innerhalb Deutschlands, Österreichs und der Schweiz werden übernommen.

Die Tagung wird für den Arbeitskreis Militärgeschichte e. V. durchgeführt von Dr. Günther Kronenbitter (Universität

Augsburg), Dr. Markus Pöhlmann (Stuttgart) und Dierk Walter, M. A. (Universität Bern).

Kontaktadresse: Dierk Walter, Historisches Institut, Universität Bern, Länggassstrasse 49, CH–3000 Bern 9, Tel. ++41–(0)31–631–8095, Fax ++41–(0)31–631–4410, E-Mail d.walter@akmilitaergeschichte.de

5. Jahrestagung des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit „Mars und die Musen“ – Das Wechselspiel von Militär, Krieg und Kunst in der Frühen Neuzeit

Anfang Oktober 2003 in Potsdam

Die fünfte Jahrestagung des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit wird Anfang Oktober 2003 in Potsdam stattfinden.

Folgende Themenschwerpunkte sind geplant:

- * Militär, Krieg und Bildende Kunst
- * Militär, Krieg und Literatur
- * Militär, Krieg und Musik
- * Militär, Krieg und Architektur

Mitglieder, die Interesse haben, auf der Tagung vorzutragen, werden gebeten, mit der Tagungsleitung Kontakt aufzunehmen.

Tagungsleitung:

Dr. Jutta Nowosadtko
(Universität/ Gesamthochschule –Essen)
E-Mail jutta.nowosadtko@uni-essen.de

Dr. Matthias Rogg
(Militärgeschichtliches Forschungsamt/
Universität – Potsdam)
E-Mail MatthiasRogg@bwb.org

Seite X

Fehler! Kei *justipya gervmge.*